Volkswacht

für Schlesien · Organ für die werktä

Kreistag-Einberufung verlangt Sozialdemokratie Für die Erwerbslosen Näheres im Schlesischen Teil

e „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen eilage „Junge Kämpfer" und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der Volkswacht", Neue Graupenstraße 5; Matthiasstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — ezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.45 Rmk., monatlich 55 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 1.90 Rmk. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Rmk.

Anzeigenpreis: Je Milli[illegible] Text 70 Pf. Familienanz[illegible] Anzeigen 10 Pf. Kleine An[illegible] müssen bis vormittags 11 Uhr [illegible] abgegeben werden. — Fernsp[illegible] Postscheckkonto: Breslau 3852. [illegible] Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter [illegible]ins-, Versammlungs- und Wohnungs- [illegible] 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer [illegible]pedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen [illegible]me Nr. 21737 und 21739, Redaktion Nr. 21738. [illegible] Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

inzelnummer 10 Pf. Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückge[illegible] [illegible]m Rückporto beiliegt Einzelnummer 10 Pf.

3. Jahrgang | Dienstag, den 2. Februar 1932 | Nr. 27

An die deutsche Jugend!

Hinein in die Eiserne Front!

Die Reichskampfleitung der Eisernen Front hat aufgerufen m Kampf

für die bedrohte Freiheit des deutschen Volkes

nd für die Erfüllung der Verheißungen in der Verfassung von Weimar. Der Katastrophenpolitik und den Diktaturplänen des Nationalsozialismus soll die geschlossene Kampffront des republikanisch und freiheitlich gesinnten Volkes entgegengestellt werden.

In dieser Front für soziale Gerechtigkeit, für innere und äußere Freiheit, für Frieden und allgemeine Abrüstung, steht auch die Jugend. In diesem Kampf gegen Bürgerkrieg und Diktatur entscheidet sich das Schicksal der Jugend, von seinem Ausgang hängt die Zukunft der jungen Generation unseres Volkes ab.

Die Gegner der Demokratie und der Republik behaupten, die Mehrheit und der aktivste Teil der deutschen Jugend stünden in ihren Reihen. Das ist nicht wahr.

In unseren Organisationen stehen Hunderttausende junger Menschen,

die sich begeistert zu den Zielen und Parolen der Eisernen Front bekennen. Wir haben bisher dem Geschrei der anderen unsere ruhige praktische Arbeit für die Ziele der Demokratie und des Sozialismus entgegengestellt. Jetzt aber sollen Freunde und Gegner wissen, daß neben den Männern und Frauen der Eisernen Front auch eine kampfesbereite Jugend steht.

Wir rufen die Jugend unserer Verbände, wir rufen die fortschrittsdrängende, freiheitlich gesinnte Jugend im ganzen Land, bereit zu sein für den Dienst in der Eisernen Front. Bereit zum Dienst, daß heißt, daß wir an allen Plätzen, an denen wir mit jungen Menschen in Berührung kommen, am Arbeitsplatz, auf den Stempelstellen, in den Berufsschulen unter der Jugend werben für die Demokratie und für eine neue gerechtere Wirtschaftsordnung. Viele unter uns können noch nicht als aktive Mitglieder in die Formation der Eisernen Front eingereiht werden; aber es ist keiner so jung, daß er nicht zum Werber für die Ideen der Eisernen Front werden kann. Es ist unsere besondere Aufgabe, in den nächsten Monaten der gesamten Jugend unseres Volkes begreiflich zu machen, daß ihre Zukunft entschieden wird im Kampf der Eisernen Front.

Wenn die Kampfleitungen der Eisernen Front rufen, um in öffentlichen Kundgebungen Ziel und Inhalt ihres Kampfes zum Ausdruck zu bringen, dann werden die Jungen zur Stelle sein. Wir setzen dem Vernichtungswillen der Gegner unsere Einheit entgegen. Wo es um die Freiheit und das Leben der arbeitenden Jugend geht, sind wir eins im Willen und im Handeln.

Für die Jugend der freien Gewerkschaften:
Walter Wäscher.

Für die Jugend der Arbeitersportverbände:
Fritz Wildung.

Für die Sozialistische Arbeiterjugend:
Erich Ollenhauer.

Für die Jugend des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold:
Artur Pape.

Japan mordet weiter Frauen und Kinder

Japan bombardiert Nanking mit Marinegeschützen — Ohne Warnung an die Bevölkerung — Flaue englische Haltung Großmächte-Protest in Tokio

London, 1. Februar. (Eig. Drahtb.)

Die Mächte ziehen alle erreichbaren Marine-Detachements zum Schutze ihrer Staatsangehörigen nach Schanghai. In wenigen Tagen werden 12 000 europäische Soldaten in Schanghai sein. **In der Stadt dauert mittlerweile der Kampf zwischen Chinesen und Japanern an. Am Montag haben japanische Geschütze von Kriegsschiffen aus auch das Feuer auf die chinesische Hauptstadt Nanking eröffnet.**

England legt sich in bezug auf den Konflikt immer noch starke Zurückhaltung auf. Man hofft, über den „Zwischenfall" im Fernen Osten hinwegzukommen, ohne daß England sich weiter zu engagieren braucht. Die Mehrheit der Konservativen ist dafür, daß man den Dingen ihren Lauf läßt. Bitter wie die „Daily Mail" verteidigen offen das japanische Vorgehen. Ernstere Organe wie die „Times" begnügen sich damit, Japan ohne große Ueberzeugungskraft mit dem Finger zu drohen und zu sagen, jetzt sei es aber genug. Ueber solche Ermahnungen ist auch das Auswärtige Amt bisher nicht hinausgegangen. Soweit man dort überhaupt über Japan verstimmt ist, ist man es nicht so sehr wegen der gewaltsamen Verletzung der chinesischen Oberhoheit, als darum, daß Japan den Ueberfall auf Schanghai mit ungenügenden Truppenabteilungen vornahm und infolgedessen die in der Stadt lebenden Europäer gefährdete. Hätten die Japaner gleichzeitig zwanzigtausend Mann an Land geschickt, so hätten sie den chinesischen Widerstand ohne Kämpfe brechen können und die europäische Siedlung wäre nicht gefährdet worden.

Die Liberalen, vor allem aber die Labour Party, treten **für eine entschiedenere Haltung** sowohl im Interesse des internationalen Rechts als auch im allgemeinen englischen Interesse. Lansbury, der Führer der Opposition, empfahl am Montag die Verhängung eines Wirtschaftsboykotts gegen Japan, bis es bereit sei, friedlich am runden Tisch, statt mit Waffengewalt seinen Beschwerden gegenüber China Ausdruck zu geben. **Lansbury wird die Regierung am Dienstag im Unterhaus über ihre Politik in der Ostasienfrage interpellieren.** Bis dahin wird ein weiterer Bericht des englischen Botschafters in Tokio erwartet. Macdonald hatte am Montag mehrere Besprechungen mit dem Außenminister.

London, 2. Februar. (Eig. Funkbericht.)

Das am Montag von japanischen Marinetruppen auf Nanking eröffnete Feuer setzte ohne vorherige Warnung an die Bevölkerung ein. Aus Schanghai wird dazu gemeldet, daß japanische Marinesoldaten unter dem Schutz der Artilleriegeschosse in Nanking gelandet wurden. **Nicht weniger als vier japanische Kreuzer und vier Zerstörer sollen an dem stundenlangen Bombardement beteiligt gewesen sein.** Insgesamt wurde die Stadt etwa fünf Stunden ununterbrochen mit Granaten belegt. **Die Bevölkerung flüchtete in die Keller.** Alle Läden wurden geschlossen. **Der englische und amerikanische Generalkonsul haben ihren Staatsangehörigen geraten, Nanking zu verlassen.**

Auf das Ersuchen des Bürgermeisters von Nanking an den japanischen Generalkonsul, dafür zu sorgen, daß die Beschießung der Stadt eingestellt werde, erklärte der Japaner, daß das japanische Geschwader nicht ihm unterstehe und er deshalb der Bitte nicht entsprechen könne.

Englischer, amerikanischer und italienischer Protest in Tokio

Tokio, 2. Februar. (Eigener Funkbericht).

Der englische, der amerikanische und der italienische Botschafter in Tokio haben am Montag im Auftrage ihrer Regierungen nochmals bei der japanischen Regierung gegen das Vorgehen der japanischen Truppen in Schanghai protestiert und sich gegen die Einbeziehung der internationalen Stadt in die militärischen Operationen mit aller Entschiedenheit gewandt. Eine Zusage, daß den Wünschen der drei Großmächte nunmehr entsprochen werde, ist durch die japanische Regierung nicht erfolgt.

Riga, 2. Februar. (Eigener Funkbericht).

Die Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union meldet, daß am Montag in Kanton 600 japanische Matrosen an Land gesetzt worden seien. Die Matrosen hätten sofort die Bewachung des japanischen Konsulats und der anderen Staatsgebäude übernommen.

USA. nimmt an der Untersuchung in Schanghai teil

Genf, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht).

Die chinesische Regierung hat am Montag in einem Telegramm an den Generalsekretär des Völkerbundes die Pressemeldungen über die angeblich bevorstehende Kriegserklärung an Japan als aus der Luft gegriffen bezeichnet. China übe nur das Recht des souveränen Staates auf legitime Verteidigung aus, werde Japan nicht den Krieg erklären und halte die im Völkerbundspakt, Kellogg-Pakt und Neunmächte-Vertrag übernommenen Verpflichtungen trotz deren dauernder Verletzung durch Japan streng ein. In der chinesischen Delegation wird das falsche Reuter-Telegramm als bestellte Kriegshetze bezeichnet.

Auf Anfrage des Generalsekretärs hat die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Teilnahme an der ausländischen Untersuchungskommission der Ratsmächte in Schanghai zugesagt. Die europäischen Mitglieder der Untersuchungskommission, die auf Grund der Pariser Ratsentschließung vom 10. Dezember gebilligt wurde, haben sich endlich geeinigt, am 3. Februar über Amerika nach der Mandschurei zu fahren. Inzwischen geben Chinesen und Japaner weiter völlig widersprechende Darstellungen über die kriegerischen Ereignisse um Schanghai und in der Mandschurei.

Heftiger Kampf um Nanking

Paris, 2. Februar. (Eig. Funkbericht.)

Aus Schanghai wird heute vormittag gemeldet, daß auch um Nanking ein heftiger Kampf zwischen japanischen Marinetruppen und Chinesen begonnen hat.

Die zur Untersuchung der Ereignisse in der Mandschurei vom Völkerbundsrat ernannte Kommission reist am Mittwoch von Le Havre ab, um über Amerika China zu erreichen. Die Vereinigten Staaten werden in der Kommission offiziell nicht vertreten sein. Sie werden jedoch ihren Generalkonsul in Schanghai beauftragen, mit der Kommission im engen Kontakt zu bleiben.

USA. gegen Japan

Die antijapanische Stimmung in Amerika ist ständig im Wachsen. Die Zeitungen nennen Japan in ihren Leitartikeln einen Amokläufer und verurteilen schärfstens die Aktion in Schanghai, die ein unauslöschlicher Fleck auf dem japanischen Namen bedeute. Die Ostasien-Krise findet auch starken Widerhall im Bundeskongreß, wo der Vorsitzende der Marinekommission des Bundessenats, Hale, **die sofortige Inangriffnahme eines riesigen Flottenbauprogramms forderte.** Die amerikanische Flotte wird als ungenügend und minderwertig bezeichnet. Die Budgetkommission des Repräsentantenhauses stellte sämtliche Heereskürzungsvorschläge zurück und trat für eine neue Prüfung des Armeebudgets ein.

Henderson spricht heute im Rundfunk

Am 2. Februar, 15,30 Uhr, übernimmt die Deutsche Welle eine Ansprache des ehemaligen englischen Außenministers Henderson von der Abrüstungskonferenz in Genf. Die Rede wird in englischer Sprache gehalten und anschließend in gekürzter Form ins Deutsche übersetzt.

Noch kein Datum für den Zusammentritt des Reichstags

Die Frage, wann der Reichstag zur Festsetzung des Wahltermins für die Reichspräsidentenwahl einberufen wird, ist noch nicht geklärt. Die Entscheidung darüber fällt, sobald der Reichskanzler von Genf zurückgekehrt ist.

Die Rüstwoche der „Eisernen Front"

Die Rüstwoche zur Munitionsbeschaffung für die Eiserne Front, die am Sonntag in Berlin eröffnet worden ist, wird anschließend im ganzen Reiche durchgeführt. Der Gedanke, mit der Einzeichnung in das Eiserne Buch Opfersinn und Bekennermut zu beweisen, ist aus der Aktivität dieser Wochen geboren worden. Viele republikanisch gesinnte Staatsbürger setzen sich durch die Eintragung der Gefahr wirtschaftlichen Terrors aus. Wer diesen Terror zu fürchten hat, kann seinen Beitrag auf das Konto Eiserne Front Nr. 624 bei der Arbeiterbank, Depositenkasse Lindenstraße, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, Postscheckkonto Nr. 141 528 einzahlen. Dieses Konto ist für Einzelbeträge aus dem ganzen Reiche eingerichtet worden.

Rabiate Bauern auch in Allgäu

München, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Unter Führung des Bayrischen Bauernbundes haben sich in Buchloe zweitausend Allgäuer Bauern zu einem gefährlichen Wirtschaftsradikalismus zusammengeschlossen. Sie empfehlen der bayrischen Landwirtschaft folgende Selbsthilfemaßnahmen:

Das wenige heute noch anfallende Bargeld ist in erster Linie zur Erhaltung und Sicherung des landwirtschaftlichen Betriebes zu verwenden. Es sind also zu bezahlen Dienstbotenlöhne, notwendige Lebensmittel, landwirtschaftliche Versicherungen, fällige Zinsen, Handwerkerrechnungen und die Pachtschillinge. Für elektrischen Strom wird ab 1. Februar nur noch 30 Pf. für Kraft und 40 Pf. für Licht bezahlt. Zählermiete wird verweigert. Erst nach Abtragung dieser Lasten sind die Steuern in Bargeld zu zahlen, fehlt solches, dann sind dafür Naturalien zur Verfügung zu stellen. Von der Reichsregierung und der Landesregierung wird eine völlige Neubesteuerung der Landwirtschaft ab 1. Februar 1932 verlangt.

Die Kandidatur Hindenburg wird aufgestellt

Der Hindenburg-Ausschuß tritt in Aktion

Alle Mittelparteien für die Hindenburg-Kandidatur

Hitler, Hugenberg und Schwerindustrie sind einig

Der am Montag unter Führung des Berliner Oberbürgermeisters gebildete Ausschuß zur Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg, der den Namen Hindenburg-Ausschuß trägt, tritt mit einem Aufruf vor die Oeffentlichkeit, in dem es u. a. heißt:

„In wenigen Wochen soll das deutsche Volk den neuen Reichspräsidenten wählen. Millionen sind der Ueberzeugung, daß für die höchste Würde des Reiches nur ein Mann in Betracht kommt: Hindenburg. Gegenüber der geschichtlichen Persönlichkeit des gegenwärtigen Reichspräsidenten treten alle anderen Namen zurück, die in den Erörterungen der letzten Wochen von der Parteipolitik genannt worden sind.

Hindenburg: um diesen Namen leuchtet der Ruhm von Tannenberg und die lebendige Erinnerung an das deutsche Heer des Weltkrieges, das vier Jahre lang den Boden der Heimat schützte und die deutschen Waffen siegreich in ferne Länder trug.

Hindenburg: Das ist ein Leben deutscher Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes von der Kaiserproklamation von 1871 bis zur Präsidentschaft der Republik.

Hindenburg: Das ist die Ueberwindung des Parteigeistes, das Sinnbild der Volksgemeinschaft, die Führung in die Freiheit.

Hindenburg: Das ist für Deutschland und die Welt die vornehmste Verkörperung der deutschen Nation: der Erste im Kriege, der Erste im Frieden und der Erste im Herzen seiner Mitbürger.

Deutsche! Seid in dieser Stunde ein Volk, dankbar, einzig und groß.

Eine spontane Kundgebung soll Hindenburg bitten, sich als Volkskandidat für die Wiederwahl zum Reichspräsidenten zur Verfügung zu stellen."

* * *

Der Stahlhelmführer Seldte, der ebenfalls aufgefordert worden war, sich dem aus Wissenschaftlern, Wirtschaftlern, Künstlern und zahlreichen anderen prominenten Persönlichkeiten gebildeten Ausschuß anzuschließen, hat diese Aufforderung mit der Begründung abgelehnt, daß der Stahlhelm in dem Vorsitzenden des Ausschusses Dr. Sahm nicht die geeignete Persönlichkeit und in dem von ihm beschrittenen Weg der „Bildung eines vorwiegend mittelparteilichen Ausschusses" nicht das geeignete Mittel für die Behandlung der Präsidentenfrage sehe. Seldte stellt jedoch ausdrücklich fest, daß sich seine Ablehnung nicht gegen Hindenburg selbst richte. Seine Antipathie gegen Sahm ist darauf zurückzuführen, daß Sahm als Präsident der Danziger Regierung vor Jahren einmal den „Stahlhelm" für das Gebiet des Freistaates Danzig verboten hat. **Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Stahlhelm nunmehr am Dienstag Hindenburg als seinen Kandidaten proklamieren.**

Das Organ der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche" schreibt unter dem Titel: „Hugenberg — Schwerindustrie — Hitler" in seiner Montag-Ausgabe:

„Hugenberg, die Schwerindustrie und Hitler haben sich erneut zu einem Bündnis zusammengefunden. Nicht geringe persönliche und politische Differenzen sind beigelegt worden; die Drahtzieher hinter der Rechtsopposition haben anscheinend gründliche Arbeit gemacht. Hitler war in der vergangenen Woche im Ruhrgebiet in Essen und Düsseldorf. Dort ist

das Bündnis zwischen Nationalsozialisten und Schwerindustrie,

das in Harzburg zuerst versucht wurde, anscheinend perfekt geworden. Hitler besuchte im Anschluß daran Herrn Hugenberg, der einer Badekur oblag. Und auch hier waren alle Gegensätze plötzlich überwunden, man kam schnell zu einer Einigung. Damit ist **die Harzburger Front,** die fast völlig auseinandergebrochen war, **wieder aufgerichtet.** Und, wie es den Anschein hat, diesmal für einen längeren Bestand. Die drei Hauptpartner — Hugenberg, Schwerindustrie und Hitler — haben sich auch bereits, wie wir zuverlässig erfahren, auf einen gemeinsamen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl geeinigt. Sie halten noch zurück mit dem Namen, bis sich entschieden hat, ob Hindenburg der Aufforderung der verschiedenen Ausschüsse, sich für die Präsidentenwahl aufstellen zu lassen, Folge leisten wird oder nicht. Nach wie vor zweifelt man in den Reihen der Harzburger Front, daß Hindenburg ja sagen wird. Man hat sich eifrig bemüht, die Führer der Rechtsverbände und rechtsstehende Persönlichkeiten davon abzuhalten, sich dem Ausschuß des Berliner Oberbürgermeisters zur Verfügung zu stellen. Die Führer der Harzburger Front behaupten, diese Bemühungen hätten Erfolg gehabt."

Der „Deutsche" schließt seine Betrachtungen über das Bündnis zwischen der Nazi-„Arbeiterpartei" und der sozialen Reaktion wie folgt:

„Was in einer Front, in der Schwerindustrie und Hugenberg führend sind, zu halten ist, das bedarf keiner besonderen Darlegung. Von ihr ist nichts anderes als eine politische und soziale Reaktion zu erwarten. Und wenn Hitler und der Nationalsozialismus sich in diese Front einspannen lassen, dann müssen sie wissen, welchen Kurs sie mitsteuern. Die Nationalsozialisten haben sich seinerzeit, nach der Tagung in Harzburg, heftig gegen den Vorwurf gewehrt, eine sozialreaktionäre Politik zu fördern. Ihre Führer haben Tarifvertrag, Schlichtungswesen und Sozialversicherung beschworen. Folgerichtig mußten sie sich dann immer stärker von den sozialreaktionären Partnern, Hugenberg und Schwerindustrie, distanzieren. **Hitler muß nach alledem wissen, daß ein Bündnis mit den beiden Harzburger Partnern ein Bündnis mit der sozialen Reaktion ist. Und er muß wissen, daß ein solches Bündnis mit der sozialreaktionären Harzburger Front von der gesamten Arbeitnehmerschaft auf das schärfste bekämpft wird."**

Die Wirtschaftspartei hat am Montag beschlossen, daß für sie eine andere Kandidatur als die Hindenburgs zur Reichspräsidentenschaft nicht in Frage kommt. Die Volkspartei wird sich ebenfalls für Hindenburg erklären, das gleiche gilt für das Zentrum und die Staatspartei, die Volkskonservativen und die Landvolkpartei.

* * *

Der Vorsitzende des Hindenburg-Ausschusses, Oberbürgermeister Dr. Sahm, erklärte am Montag abend vor Vertretern der Presse:

„Unser Ausschuß ist in keiner Weise parteipolitisch gebunden, was ja in bezug auf mich selbst auch eine Bedingung bei meiner Wahl zum Oberbürgermeister von Berlin gewesen ist. In Bayern besteht schon ein überparteilicher Hindenburg-Ausschuß, der mir geschrieben hat, daß er mit uns zusammenarbeiten will. Bei der Einladung zum Hindenburg-Ausschuß habe ich mich nicht an die politischen Parteien gewendet, sondern an solche Persönlichkeiten, die durch ihre öffentliche Stellung großes Ansehen genießen oder die große Organisationen hinter sich haben. Sie zeichnen aber unsern Wahlaufruf nicht für diese Organisationen, und zwar aus zwei Gründen: 1. Weil zuviel Zeit vergehen würde, bevor die Beschlußfassung dieser Organisationen erfolgen könnte und 2. weil vielen Organisationen durch ihre Satzungen die Beschäftigung mit politischen Angelegenheiten verwehrt ist. Wir haben bereits sehr zahlreiche Beitrittserklärungen bekommen. Jetzt handelt es sich darum, die 20 000 Stimmen für den Wahlvorschlag Hindenburgs aufzubringen, was uns mit Hilfe der Presse gelingen wird, daß die gesetzlich notwendige Zahl bei weitem überschritten wird. Dadurch wird schon die Unterschriftensammlung den Charakter einer spontanen Massenkundgebung erhalten, Hindenburg als Volkskandidaten im besten Sinne des Wortes aufstellt, und zugleich die Bitte an den Reichspräsidenten enthält, sich noch einmal der schweren Bürde dieses höchsten Amtes unterziehen.

Dr. Sahm machte schließlich noch darauf aufmerksam, daß die Vorschlagslisten auch mit dem Namen eines Vertrauensmannes und dessen Stellvertreter versehen sein müssen, wofür die Namen des Oberbürgermeisters Dr. Sahm-Berlin und des Reichsgerichtspräsidenten a. D. Dr. Simons vorgeschlagen sind. „Der Ausschuß wird auch Länder- und Ortsausschüsse bilden."

* * *

Der Aufruf des Hindenburg-Ausschusses zur Wiederwahl des gegenwärtigen Reichspräsidenten trägt u. a. die Unterschriften von Dr. Eckener, den früheren Reichswehrministern Noske und Geßler, von Gouverneur a. D. Dr. Schnee, Gerhart Hauptmann, Max Liebermann, Professor Max Planck, Geheimrat Duisburg, Professor Junkers, Reichskanzler a. D. Cuno und Vertretern der christlichen Gewerkschaften.

* * *

Die bürgerlichen Verlage der Berliner Zeitungen — ausgenommen die Hugenberg-Presse — werben vom Mittwoch bis Sonnabend Listen zur Einzeichnung für die Wiederwahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg auslegen.

Die Rechtspresse weist zu dem Aufruf des Hindenburg-Ausschusses wie auf Kommando darauf hin, daß unter den Namen seiner Unterzeichner die Führer größerer rechtsgerichteter Organisationen fehlen. Eine Stellungnahme für oder gegen Hindenburg erfolgt jedoch nicht.

Was die Nazis wollen

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" meldet aus München, daß die Nationalsozialisten zunächst nicht die Absicht haben, sich bereits heute oder morgen zu der Frage der Reichspräsidentenwahl zu entscheiden. Wörtlich fährt das Blatt dann fort:

„Sollte sich der Reichspräsident entschließen, die Kandidatur aus den Händen des „Hindenburg-Ausschusses" entgegenzunehmen und schon im ersten Wahlgang kandidieren, so scheint — wenn man richtig unterrichtet sind — Hitler tatsächlich entschlossen zu sein, nach Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit selbst schon im ersten Wahlgange zu kandidieren, damit zunächst einmal ein zweiter Wahlgang notwendig und die Entscheidung für Hindenburg im ersten Wahlgang vereitelt werde. Aus den Kreisen seiner Parteifreunde ist jedenfalls in diesem Sinne in den letzten Tagen sehr stark auf Hitler eingewirkt worden. Man verlangt im Braunen Hause, daß den Nationalsozialisten der Weg in die Regierung endlich freigegeben werde, d. h., daß Hindenburg mit der Regierungsbildung beauftrage, nur unter diesen Umständen könne Hindenburg ihr Kandidat sein, nicht aber, wenn er sich von dem „Hindenburg-Ausschuß" aufstellen lasse.

Zuhälter verprügeln Nazis im Bordell

weil die Nazis ihr Saufen und Huren nicht bezahlen wollten — Nazipresse macht daraus einen Ueberfall durch Marxisten — Polizei stellt öffentlich die Wahrheit fest

Köln, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

In großer Aufmachung berichtet das Kölner Nazi-Blatt am Montag von einem Ueberfall auf SS.-Leute, die marxistischem Mördergesindel zum Opfer gefallen seien. In der Nacht zum Montag seien fünf Nationalsozialisten, als sie aus einem Restaurant in der Altstadt herausgekommen seien, von einer großen Uebermacht überfallen und fürchterlich zugerichtet worden. Ein SS.-Mann habe einen fürchterlichen Schlag mit einer Eisenstange auf den Kopf erhalten, daß er einen schweren Schädelbruch davongetragen habe. Außerdem habe er mehrere Stiche in die Hand erhalten. Ein anderer SS.-Mann sei mit einem französischen Bajonett mit solcher Wucht in den Leib gestochen worden, daß die Spitze des Mordinstruments auf der Brust wieder herausgetreten sei. Ein anderer Nazi sei durch Stiche leichter verletzt worden.

Wie die Kölner Polizei dazu erklärt, ist das „Restaurant in der Altstadt" ein Bordell. Die Nazis, darunter ein Chauffeur des Nazi-Blattes haben hier eine dicke Zeche gemacht und der Liebe gehuldigt. Als sie nicht bezahlten, haben die Zuhälter der Dirnen den Anhängern des „Dritten Reiches" handgreiflich klar gemacht, daß es Zechen und Lieben in einem Bordell auch für Nazis nicht kostenlos gibt. Sie haben die Nazis mit Bierflaschen und Messern bearbeitet.

Der Ueberfall ist also eine Saufe- und Bordellangelegenheit mit nachfolgender Schlägerei.

Dennoch macht die Nazipresse daraus einen Ueberfall der Marxisten.

In der vorigen Woche berichtete das Kölner Nazi-Blatt in Fettdruck von einem „politischen Attentat auf den Prinzen Schaumburg" in Bonn. Ermittlungen haben ergeben, daß sich der Vorfall schon im Oktober oder November vorigen Jahres auf einer Landstraße zugetragen hat. Erst mehrere Monate später hat der Prinz den Vorfall der Polizei in Siegburg mitgeteilt. Es handelt sich bei dem „Attentat" um einen Steinwurf eines zwölfjährigen Jungen, den dieser aus purem Ueberschwang ausgeführt hat, ohne zu wissen, wen er damit zum „Helden eines Attentats" machte. Da auch dieses Märchen die Runde durch die Nazipresse antreten wird, wollen wir es hiermit gleich in das richtige Licht stellen.

England zahlt

Paris, 2. Februar (Eigener Funkbericht.)

Die Bank von England hat am Montag der Bank von Frankreich den Rest des ihr im August zur Stützung des Pfundes gewährten Kredites von 3,1 Milliarden Francs zurückgezahlt. Die erste Ratenzahlung war bereits am 1. November erfolgt. Die am Montag zurückgezahlte Summe betrug 1,860 Milliarden Francs.

Die Bank von Frankreich hat am Montag etwa 3000 Kilogramm Gold aus Amsterdam erhalten. Die Sendung traf in Flugzeugen in Paris ein.

Das Leben der Marie Szameitat

Roman von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis G.m.b.H.", Berlin SW 61

29] (Nachdruck verboten)

Fritz springt auf, seine geöffnete Hemd beschwichtigt. Sein immer noch verlegen und erregt zuckendes Gesicht liegt sich seitlich. Plötzlich zwingt er Lächeln hinein. Seine Augen blicken hoch zu beiden ins Gesicht; noch trotzig, doch schon ehrlich und überzeugend lacht er die beiden an.

„Aber was ist denn? Das ist doch alles so furchtbar einfach! Warum hat denn Marie mir das nicht gesagt? Das ist doch einfach dumm von ihr, nicht wahr? Das ist doch ganz selbstverständlich: Ich werde Marie heiraten!"

Trude prüft ihn noch ungläubig. Auch Gerd ist noch mißtrauisch, ihm fiel die Entscheidung zu schnell. Fritz sieht kopfschüttelnd die beiden an.

„Je, warum glauben Sie mir denn nicht? Hat Marie mich denn so schlecht gemacht?"

Hastig fällt ihm Trude ins Wort. „Wie kann Marie Sie schlecht machen! Marie hat Sie doch gern, wissen Sie denn das nicht?"

Jetzt streckt Gerd, völlig überzeugt, ihm die Hand entgegen. „Sie sind doch der, für den ich Sie gehalten habe! Nichts für ungut, einer mußte es Ihnen ja sagen. Und wir haben's gut gemeint. Mit ihnen beiden." Fritz, der die Hand vor sich sieht, fährt noch, hält dann seine Hand vor in die Gerds: „Selbstverständlich. Sie hatten ja recht. Und das war gut, daß Sie gekommen sind. Natürlich war es gut so!"

Trude und Gerd sind beruhigt. Fritz holt eilig Stühle heran und fordert die beiden auf, sich zu setzen. Kaum aber sitzt Trude, als sie schon wieder aufspringt.

„Jetzt sitzen wir hier und sagen Gott sei Dank zu allem gut, denken gar nicht daran, daß Marie vielleicht in Angst sitzt und heult. Ich muß zu Marie. Ich muß sie holen, das ist doch selbstverständlich!"

Ein Schatten huscht über das Gesicht von Fritz. Doch schon stimmt er zu: „Richtig! Ich werde mitgehen."

Trude wehrt ab. „Ihr beiden bleibt hier und wartet, bis wir da sind. Ich muß zuerst mit ihr sprechen. Eine Frau macht das besser als ein Mann. Ihr versteht das nicht. Aber ich weiß das besser."

So bleiben die beiden allein. Fritz holt Zigarren; auch eine Flasche Wein ist da. Ein Streichholz flammt auf. Rauch wirbelt hoch. Wein fließt in zwei Gläser. Zwei Männer trinken sich zu und lachen sich an, freundschaftlich und froh, als wäre nichts in der Welt geschehen.

Trude ist bei Marie, die nun doch ungläubig dasteht und — die Hände auf der Brust, die Augen weit aufgerissen, den Mund halb offen unter bebende kräuselten Lippen — Trudes Botschaft hört.

Ein Gedanke wirbelt durch Maries Hirn, wirbelt wild wie ein gefangenes Eichhörnchen im Drahtkäfig. Nicht mehr so lautet der Gedanke: „Die Lösung!", er jubelt so: „Erfüllung!" Jetzt wird der Gedanke frei, wie Freudenschrei Trude offenbart. Die nickt nur schweigend und küßt Marie, stark und innig. Marie ist so glücklich, daß sie vergißt, dankbar zu sein.

Trude muß Maries Freudenstrom eindämmen, ihren Gedankenstrom umleiten. Trude bittet darauf, daß Marie noch heute Hochzeit muß. Marie soll sich inzwischen zum Ausgehen fertig machen. Sie selbst will mit der Frau sprechen, ihr allein alles begreiflich machen und für Marie um Urlaub bitten.

Das sind nur Minuten, die vergehen. Aber für Marie sind es Stunden, gedankenschwere, inhaltdrückende Stunden. Endlich kommen auf dem langen Korridor Schritte, Stimmen, Lachen, nun das gedämpfte Klopfen Trudes der alten Frau vor der Tür, die sich öffnet. Marie steht fest.

Sie will in Scham — Marie kennt empfindet sie lächerlich, aber sie ist da — ihr Gesicht verbergen. Sie weiß nicht, wohin. Sucht, gelockt von einem Ziel, in dem nichts von Vorwurf ist, hebt sie den Blick. Er begegnet alles sagendem, gütig umfassendem, mütterlich sich schenkendem Lächeln unter weichen Haaren.

Nun lächelt auch Marie, halb ungläubig noch, halb vertrauend ihren dem Lächeln entgegen, das Freiheit und Segen in einem ist. Jetzt kommt, [illegible] Finger fassen Maries Kinn, neigen ihren Kopf. Aus feinem, rosig überhauchtem Gesicht spielen unzählige Fältchen frohe Ueberraschung in Maries staunende Augen.

Und nun hört Marie dieses wunderbare Gesicht sprechen, hört staunend und immer wieder von Zweifeln überfallen: Marie dürfe sich keine Sorgen mehr machen. Das alles sei gar nicht schlimm. Die Kinder kämen immer von selbst, sei nun mal so, nur nicht immer die Väter dazu. Und wo der Vater doch da sei, könne Marie froh sein, ja, ganz froh sein [illegible]. Und wenn Marie das nicht sei, so könne das doch Kindchen schaden.

Marie nickt froh und schnell. Und hört weiter:

Sie könne ganz unbesorgt sein. Ihr Mann und sie seien ja alte Leute und hätten es ja dazu, und so würde es ihnen Spaß machen, ihr zu helfen. Das habe sie schon mit Trude gemacht: Sie übernehme die Aussteuer, die Wäsche und [illegible]. „Wofür haben wir denn das viele, schöne Geld auf der Bank liegen, wenn wir doch niemanden haben, der es nachher [illegible] — eine kleine Küche, „so eine schöne Weißlackküche, Marie, [illegible] schönen grünen Scheiben, weißt du?", ein Schlafzimmer und auch noch einige Möbelstücke für das Wohnzimmer. „Du kannst du gut auskommen, Marie. Und da brauchst du dir [illegible] ganz keine Sorgen zu machen. Und daß du nachher [illegible] kommst und deinem Mann hilfst und auch beide hochrackerst, bin ich ganz unbesorgt. Das wirst du schon, Marie, dafür [illegible] ich dich gut genug und dafür lege ich die Hand ins Feuer."

Marie ist es, als ob sie träume. Ist das eben alles wirklich gesprochen worden? Ist das alles Ernst? Sie kann es [illegible] fassen. Sie wankt auf die alte Frau zu, greift ihre Hände, küßt sie heiß und innig, bis die Ueberraschte endlich sie in [illegible] ziehen kann.

Jetzt drängt, von Maries Dankausbruch verwirrt, die [illegible] zu gehen. Auch Trude, die den Wunsch versteht, drängt. [illegible] setzt schnell den Hut auf, zieht den Mantel an und verabschiedet [illegible].

Noch eine schwere Sekunde ist der Augenblick im Korridor vor der Tür, hinter der Fritz wohnt. Jetzt wieder [illegible] zögernd, als erwarte sie den gefürchteten Zuruf, alles sei [illegible] lügen und nicht wahr, steht Marie vor dieser Tür, die [illegible] aufgerissen wird.

Auf der Schwelle steht Fritz. Marie ist wie gelähmt. [illegible] ihn stillos an, als wäre sie ihm um Verzeihung für ihr [illegible] bringen bitten. Aus ihren Augen quellen sich wieder Tränen, die unbekümmert über die Backen rinnen. (Fortsetzung folgt.)

Das Ende einer Illusion

...nisch-russischer Nichtangriffspakt zerstört die Hoffnungen der deutschen National-Bolschewisten.

—m. **Warschau**, Ende Januar.

Nach mehr als sechsjährigen Verhandlungen, deren wechsel-...e Geschichte die Entwicklung der ganzen politischen Kon-...ation Osteuropas wiederspiegelt, ist der polnisch-russische ...chtangriffspakt jetzt endlich fertiggestellt, von den diplo-...tischen Unterhändlern beider Seiten unterzeichnet und ver-...ntlicht worden. Er wird erst in Kraft treten, wenn auch das ... Polen verbündete Rumänien zu einem ähnlichen Paktvertrag ... der Sowjetunion gelangt. Infolge des Grenzstreits zwischen ...mänien und der Sowjet-Ukraine um die Provinz Bessarabien ...en diese Verhandlungen noch auf Schwierigkeiten. Aber schon ... Tatsache ist bedeutsam, daß Warschau und Moskau jetzt ...einsam ein völkerrechtliches Instrument zustande gebracht ...en, in dem sie sich gegenseitig nicht nur die Unterlassung aller ...griffe auf das Territorium des Partners zusichern, sondern auch ... Schlichtungsverfahren für etwaige künftige Streitfälle nach ... Muster des deutsch-russischen Vertrages festlegen.

Wenn man sich erinnert, wie noch vor kurzer Zeit die Presse ...jet-Rußlands von argwöhnischen Kombinationen über ...gerische Absichten Polens erfüllt war, während umgekehrt die ...nischen Militaristen einen großen Teil der gewaltigen ...tungslasten ihres Staates mit den Gefahren begründeten, ... von der russischen Grenze her im Anzuge seien, so ist der ...tschritt, der in einem solchen Abkommen liegt, unverkennbar. ... vollem Recht erklärt unser Warschauer sozialistisches Bruder-...t, der „Robotnik": beide Staaten müßten jetzt auch die ...gerung aus diesem Vertrage ziehen und ihre Rüstungen ...entlich vermindern. So ohne weiteres wird das freilich ...t geschehen. Immerhin hat die russische Diplomatie ein neues ...tes Argument gewonnen, um ihre radikalen Abrüstungs-...chläge auf der kommenden Genfer Konferenz zu begründen.

In dieser Verwertbarkeit des neuen Nichtangriffs-Pakts und ...entsprechenden Verträge mit den anderen westlichen Nachbarn ... Sowjet-Union (von denen auch der mit Finnland schon fertig ...liegt) ist zweifellos einer der Gründe zu suchen, aus dem die ...ständigungsbereitschaft Moskaus hervorgegangen ist. Dazu ... für die Sowjetdiplomatie allerdings wohl noch ein zweiter, ...leicht stärkerer Antrieb. Der Abschluß eines Nichtangriffs-...ts zwischen Rußland und Polen ist von Frankreich zur Vor-...etzung für das Inkrafttreten eines ähnlichen Vertrages auch ...chen Paris und Moskau gemacht worden, der ebenfalls bereits ...g ist. Ohne einen solchen politischen Ausgleich mit Frank-... kann die Sowjetpolitik aber nicht zur Verwirklichung ihrer ...nsche nach einer Anknüpfung mit der französischen Hochfinanz ...gen. Rußland braucht für die Durchführung seiner ...schaftlichen Ausbaupläne immer notwendiger aus-...ndischen Kredit. Das einzige Land, in dem es heute ...gesuchendes Kapital im Ueberfluß gibt, ist Frankreich. ...skau hat sich bereits vor längerer Zeit grundsätzlich zur An-...nnung und langsamen Abzahlung der alten Zaren-Schulden ...it erklärt, falls es dafür neue große Anleihen bekommen ...t. Es ist auch zu politischem Wohlverhalten gegenüber Frank-... und den französischen Verbündeten in Osteuropa bereit, wenn ...ich damit die Goldschätze der französischen Banken und der ...zösischen Sparer erschließen kann. Ob das den Sowjet-...omaten gelingen wird, ist freilich noch fraglich, zumal nach ... Ausscheiden Briands aus der Leitung der französischen ...itik, in der seitdem Kräfte an Einfluß gewonnen haben, die ... stark in antibolschewistischen Stimmungen befangen sind.

Für Polen hat der Nichtangriffs-Pakt mit seinem öst-...n Nachbarn einen anderen, aber nicht weniger realpolitischen ...n. Die Warschauer Politiker hoffen dadurch eine Schranke ...die deutsch-russische diplomatische Zusammenarbeit aufzurichten, ...er sie immer eine gegen Polen gerichtete Drohung sahen. ... polnische Regierung hat in einzelnen Formulierungen des ...rages ein Entgegenkommen bewiesen, zu dem früher gerade ...Männer um Pilsudski gegenüber der Sowjetunion nicht bereit ...en. Die Ursache für diese Haltung ist vor allem in dem ...lschlagen der von dem früheren deutschen Gesandten ...arschau, dem 1930 verstorbenen Genossen Ulrich Rauscher, ...geleiteten Aktion für einen deutsch-pol-...chen Ausgleich zu suchen. Der von Rauscher zustande ...chte Handelsvertrag ist wohl vom polnischen, aber nicht vom ...chen Parlament angenommen worden; er gehört zu den ...n der Handelspolitik des großagrarischen Ernährungs-...ters Schiele. Dazu kam die Drohung, daß in Deutschland ... Hitler-Regierung zur Macht käme, also ein Regime jener ...ei, deren außenpolitische Wortführer in ihren Großsprechereien ...ganze Existenz des heutigen polnischen Staates und ebenso ... Bestand der Sowjetunion für unbegründet erklären. Unter ...n Umständen erschien eine Neutralisierung Rußlands für den Fall eines von Deutschland herbeigeführten Konflikts mit Polen dem Warschauer Außen-...sterium als notwendig und wertvoll. Diese Neutralisierung ... in dem Nichtangriffspakt klar und eindeutig ausgesprochen. Für diejenigen deutschen Kreise, die immer noch davon ...umt haben, eines Tages mit russischer Hilfe die Landkarte ...ropas nach ihren Wünschen zu revidieren, muß dieser Ver-... eine schwere Enttäuschung bedeuten. Diese Hoffnung ist ...zu Ende. Einer positiven deutsch-russischen Zu-...menarbeit zu friedlichen Zwecken bietet dagegen die ...sch-russische Entspannung keinerlei Hindernis. Im ...nteil: eine solche Zusammenarbeit wird dadurch dem Verdacht ...kt, daß sie sich gegen einen dritten Staat wie Polen wenden ...e. So kann das Gebäude der neuen Pakt-Verträge, falls es ... die noch ausstehende Einigung zwischen Moskau und ...reß zustande kommt, ein Werkzeug zu wirklicher und wirk-... Friedenssicherung im Osten unseres Erdteils werden.

KPD.-Mordhetzer verurteilt

Die Strafkammer des Landgerichts I Berlin ...teilte vier jugendliche Mitglieder des verbotenen ...nunistischen Rotfrontkämpferbundes zu Gefäng-...nstrafen zwischen vier Monaten und einem ...r.

Die Angeklagten waren beschuldigt, durch die Anbringung ...aufreizenden Inschriften auf Bürgersteigen und an Haus-...n das Republikschutzgesetz und die Notverordnung gegen ...tische Ausschreitungen verletzt zu haben. Die Mitglieder der ...munistischen Schmierkolonne hatten am 31. Juli ... mit roter Farbe auf den Asphaltdamm einer Straße im ...den Berlins u. a. den Satz geschrieben: „Schupo, schießt ihr nieder, so schießen wir wieder!" Andere Inschriften lauteten wie: „Für jeden erschossenen Arbeiter erschießen wir zwei Schupomörder!" Wenige Tage später folgte dieser Ankündigung die Tat. In unmittelbarer Nähe des Sitzes der kommunistischen Parteizentrale wurden zwei Berliner Polizeioffiziere meuchlings ermordet!

Berlins Gas- und Wasserwerksarbeiter für die „Eiserne Front"

Riesenkundgebung gegen Sozialreaktion und Faschismus
Genosse Grimme sprach

Das Personal der Berliner Städtischen Gas- und Wasserwerke reihte sich am Montag Abend mit einer gewaltigen Kundgebung der Eisernen Front ein. Als eine Hammerschaft der Gasarbeiter, flankiert von den Fahnen des Reichsbanners und dem Banner der Belegschaft der Städtischen Gaswerke einmarschierte, brauste stürmischer Beifall durch den dichtbesetzten Saal.

Der Redner des Abends war der preußische Kultusminister Adolf Grimme. Er gab zunächst seiner Freude darüber Ausdruck, vor den Berliner Gas- und Wasserwerk-Arbeitern als Mitglied der Preußischen Staatsregierung sprechen zu können, die im Brennpunkt der Kämpfe um die politische Macht in Deutschland stehe. Es sei eine alte geschichtliche Erfahrung, daß gerade in Notzeiten leichtgläubige unzufriedene Massen auf politische Wunder, Propheten und Quacksalber hereinfallen. Um so mehr sei es für die denkende Arbeiterschaft eine Notwendigkeit, in diesen Wirrnissen einen kühlen Kopf zu behalten. Hitler und Hugenberg ließen durch ihre Presse täglich verkünden, daß nur der Vertrag von Versailles und die Reparationsleistungen die Schuld an Deutschlands Unglück trügen.

Aber die Ursachen des wirtschaftlichen Chaos, unter dem wir heute leiden, seien neben den Kriegsfolgen vor allem in den planmäßig vollzogenen Wandlungen und Umwälzungen zu suchen, die auf allen Gebieten der Technik und Wirtschaft stattgefunden hätten. Diese Erkenntnis dürfe natürlich nicht hindern, mit allen tauglichen Mitteln auf die völlige Beseitigung der Reparationen und der übrigen untragbaren Bestimmungen des Versailler Vertrages hinzuarbeiten.

Der egoistischen Internationale des Nationalsozialismus stellen wir die Eiserne Front die Internationale der Vernunft gegenüber.

Nicht „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen", sondern „Friedlich woll'n wir mit Frankreich leben." Wenn Hitler und Stahlhelmisten ihr Ziel erreichten, würde Deutschland zu einer einzigen Kaserne, in der das Denken verboten sei. Hitler würde, einmal zur Macht gekommen, die Gewerkschaften verbieten, die Arbeitergelder beschlagnahmen und die Arbeiter mit dem Tode bedrohen. Er würde die Arbeitslosenunterstützung und die sozialen Renten aufheben, die Zwangsarbeit unter Militärkommando einführen, überhaupt alle Schichten des arbeitenden Volkes der Willkür seiner Staatsmacht preisgeben, die nichts anderes als das ausführende Organ der besitzenden Schichten wäre.

Grimme schloß: „Ich begrüße die Eiserne Front als eine der wichtigsten machtpolitischen Tatsachen der Gegenwart. Sie bietet die beste Gewähr für die Aufrechterhaltung des inneren und äußeren Friedens." (Stürmischer Beifall.)

* * *

Die Berliner Sozialdemokratie veranstaltet in den nächsten Wochen 1000 öffentliche Versammlungen. In dem gleichen Maße wird die Eiserne Front in Berlin aufmarschieren. Die deutschen Landarbeiter beabsichtigen im Reich, im Monatsdurchschnitt monatlich zunächst 3000 Versammlungen für die Eiserne Front durchzuführen.

Wie Hitler sich das Deutschtum erschleichen will

Der Volksfeind will durch Betrug Deutscher werden

Die Meldung eines Berliner Montagblattes, daß Hitler bereits die Staatsbürgerschaft in Braunschweig erworben hat, steht im Widerspruch zu der dieser Tage veröffentlichten Erklärung des braunschweigischen Ministerpräsidenten, daß ihm ein entsprechender Antrag Hitlers bisher nicht vorgelegen habe. Abgesehen davon sprechen gegen den Inhalt der Meldung zahlreiche juristische Bedenken, die unter anderem aus einem Artikel des Ministerialrats in der Verfassungsabteilung des Reichsinnenministeriums Dr. Kaisenberg in der Montag-Abendausgabe der „Vossischen Zeitung" hervorgehen.

Kaisenberg schreibt unter anderem: „Es ist der Gedanke erörtert worden, Adolf Hitler könnte von der braunschweigischen Regierung zum Professor an der Technischen Hochschule in Braunschweig ernannt werden, damit die braunschweigische Staatsangehörigkeit erwerben und so Deutscher werden. Zweifellos kann ein Ausländer oder ein Staatenloser zum deutschen Beamten ernannt werden und damit Reichsdeutscher werden. Voraussetzung hierfür ist aber, daß es sich um eine wirkliche Ernennung zum Beamten handelt. Scheingeschäfte sind nach bürgerlichem Recht nichtig. Wie das bürgerliche Rechtsleben von den Grundsätzen von Treu und Glauben, der Richtigkeit von Scheingeschäften und nicht ernstlich gemeinten Willenserklärungen beherrscht wird, so müssen erst recht im öffentlichen Staatsleben die Grundsätze der Ernstlichkeit und der politischen Aufrichtigkeit Geltung beanspruchen. Diese Grundsätze haben auch in der deutschen Staatspraxis Anerkennung gefunden.

Der Grundsatz der politischen Aufrichtigkeit gilt auch gegenüber Schein-Einbürgerungen im Wege der Beamtenernennung. Eine Beamtenernennung ist nur rechtswirksam, wenn der Wille der ernennenden Behörde dahin geht, eine Persönlichkeit zum Beamten zu machen, und der Wille dieser Persönlichkeit darauf gerichtet ist, Beamter zu werden, also Staatsdienste zu verrichten. Eine solche Willensbildung liegt aber dann nicht vor, wenn die Beamtenernennung lediglich zu dem Zweck erfolgt, um der betreffenden Persönlichkeit die Möglichkeit zu eröffnen, die staatsrechtlichen Voraussetzungen für ein anderes Staatsorgan, das mit der Beamtenernennung nichts zu tun hat, zu erfüllen. Wie der Staatsrechtslehrer Meier-Jellinek in seinem „Verwaltungsrecht" (3. Auflage, Seite 152) zutreffend bemerkt, ist auch dem Staat die Gesetzesumgebung verwehrt.

„Würde ein Land, um die den anderen Ländern zustehende Widerspruchsmöglichkeit auszuschalten, einen Ausländer, statt ihn einzubürgern, zwecks Verleihung der Staatsangehörigkeit der Form nach zum Beamten ernennen, ohne seine Dienste wirklich in Anspruch zu nehmen, so würde die Ernennung als nicht ernstlich gemeint unwirksam sein."

In der Ernennung eines Ausländers, wie es Hitler ist, oder Staatenlosen zum Beamten lediglich zu dem Zweck, um ihm die Fähigkeit für die Anwartschaft auf das Amt des Reichspräsidenten zu verleihen, würde keine ernstlich gemeinte Beamtenernennung zu erblicken sein. Eine solche Ernennung wäre nichtig und unwirksam und dürfte auch vom Reichswahlleiter, der die Voraussetzungen für die Wählbarkeit eines Anwärters zum Reichspräsidenten zu prüfen hat, nicht beachtet werden."

* * *

Der vorstehend vom Ministerialrat Dr. Kaisenberg niedergelegte Standpunkt wird nach unseren Informationen auch von der Verfassungsabteilung des Reichsinnenministeriums vertreten.

Völkerbund versagt auf dem Gebiet des Minderheitenschutzes

Neue Saarregierung gewählt.

Hinter der ungeheuren Wucht der dramatischen Debatte um das Schicksal des Weltfriedens in der Sonnabendsitzung des Völkerbundsrates verschwand leider ein großer Skandal in der Frage des Minderheitenschutzes. Der Rat hieß gegen nur sehr schwache Aeußerungen der Vertreter Irlands, Deutschlands und Norwegens stillschweigend einen Bericht des japanischen Vertreters gut, nach dem die Ukrainer in Polen, die im polnischen Wahlkampf von der polnischen Regierung massakriert worden waren, als „revolutionäre Elemente" abgefertigt werden, die den Minderheitenschutz für ungerechtfertigte Beschwerden mißbraucht hätten. Die angeblichen Disziplinarstrafen gegen polnische Beamte durch die polnische Regierung wurden als ausreichend bezeichnet.

In geheimer Sitzung wählte der Völkerbundsrat die Regierungskommission des Saargebiets auf ein Jahr neu. Neugewählt wurde das englische und jugoslawische Mitglied. Die Kommission setzt sich künftig zusammen aus Knox-Großbritannien (Präsident), von Ehrenrooth-Finnland, Cahmann-Saargebiet, Morize-Frankreich, Zoritschitsch-Jugoslawien. Der neugewählte Präsident war bisher Botschaftsrat an der englischen Botschaft in Madrid. Das neue jugoslawische Mitglied war früher Präsident des jugoslawischen Verwaltungsgerichtshofes in Zagreb.

Senkt die Rundfunkgebühren!

Unter den Rundfunkhörern wächst das Verlangen nach Senkung der hohen Gebühren.

Der Arbeiterradiobund, aber auch bürgerliche Radio-Organisationen und Radio-Zeitschriften verlangen von der Reichspost, daß die Senkung der Gebühren in nächster Zeit vorgenommen werde. Die Sozialdemokratie unterstützt diese Absichten. Bereits in der Verwaltungsratssitzung der Reichspost Anfang Januar haben die beiden sozialdemokratischen Vertreter, die Abgeordneten Danier und Dr. Herz den Antrag auf Senkung der Gebühren gestellt. Da der Widerstand überaus groß war, glaubten sie durch den Vorschlag der sehr geringen zehnprozentigen Senkung von 2 Mark auf 1,80 Mark pro Monat eine erste Bresche schlagen zu können. Trotzdem wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt und erlitt damit das gleiche Schicksal, das der rein agitatorisch gemeinte Antrag der Kommunisten und Nazis auf Herabsetzung der Gebühren auf 1 Mark gehabt hat.

Die Ablehnung wurde von der Reichspostverwaltung mit lächerlichen außenpolitischen Erwägungen begründet. Außerdem aber auch mit finanziellen Erwägungen. Für die Senkung der Postgebühren standen nur 125 Millionen Mark zur Verfügung. Sie wurden aufgebraucht für die dringend notwendige Anpassung der Paketgebühren an die ermäßigten Expreßgutgebühren der Reichsbahn und für die Senkung des Fernportos auf 12 Pfg. bei Briefen und 6 Pfg. bei Karten.

Unter diesen Umständen konnte die Senkung der Rundfunkgebühren jetzt nicht durchgesetzt werden, sie muß aber die nächste dringende Aufgabe sein. Um diesem Verlangen den nötigen Nachdruck zu verschaffen, werden sich in der nächsten Zeit der Vorstand des Arbeiterradiobundes und die Freie Rundfunkzentrale damit beschäftigen, auf welchen Wegen am besten die Senkung der Rundfunkgebühren erreicht werden kann.

Französische Werftarbeiter demonstrieren

Paris, 1. Februar (Eigener Drahtbericht)

In St. Nazaire fand am Montag nachmittag eine große Protestkundgebung gegen die Entlassung von 2500 Werftarbeitern statt. Die Arbeitslosen und sämtliche Arbeiter, die an dem Bau der zwei Dampfer der Compagnie Transatlantique beteiligt sind, durchzogen die Straßen der Stadt bis zur Präfektur. Zwei Abordnungen wurden darauf zum Präfekten und Unterpräfekten entsandt, um ihnen den Ernst der Lage auseinanderzusetzen und sie um Interventionen bei der Werft zu bitten. Sämtliche Geschäfte waren aus Furcht vor Zusammenstößen und Plünderungen geschlossen. Die Kundgebung verlief jedoch vollkommen ruhig.

Der Ministerpräsident und der Minister für die Handelsmarine, die am Dienstag eine aus Vertretern der Handelskammer, der Stadtverwaltung, der Arbeitslosen und der Kaufmannschaft von St. Nazaire bestehende Delegation empfangen werden, hatten bereits am Montag eine Aussprache über die im Interesse der Werftarbeiter eventuell zu ergreifenden Maßnahmen.

Familien-Anzeigen

Gesamtverband der Arbeitnehmer
Fachgruppe: Gärtnerei, Park und Friedhof

Am Sonnabend, den 30. Januar 1932, verstarb unser werter Mitglied, der städtische Gartenwerkmeister

Paul Deger

im Alter von 41 Jahren. 826

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung Breslau.

Beerdigung: Dienstag, den 2. Februar, 15 Uhr, von der Halle des Salvatorfriedhofes, Lohestraße.

Verband der Nahrungsmittel- u. Getränkearbeiter.

Am 29. Januar verschied unser langjähriges Mitglied der frühere **Brauereiarbeiter**

Bertold Wagner

im Alter von 55 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm:

Die Mitglieder der Ortsgruppe Breslau

Beerdigung: Dienstag, den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle St. Mauritius

Trauerhaus: Clausewitzstr. 22.

Nach 7jähriger ärztlicher Praxis habe ich mich ab 1. Februar 1932 in

Breslau-Pilsnitz, Woyrschsiedlung 23

Telefon 531 66

als prakt. Arzt und Geburtshelfer niedergelassen.

Sprechstunden: 8—10, 16—18 Uhr.

Dr. med. Karl Miltner

9457

Genossen deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

STADTTHEATER

Dienstag, 20 bis gegen 23
Abonnements-Vorstellung A 11
Gastspiel Ingeborg Helmgren
Aida

Mittwoch, 20 bis gegen 23
Abonnements-Vorstellung F 10
Der Vogelhändler

Donnerstag 20 bis 22.30
In Neuinszenierung
Alessandro Strabella

LOBETHEATER

Täglich 20.15—22.35
Mademoiselle Docteur

THALIATHEATER

Täglich 20.15—22.10
Das verflixte Geld

Circus Busch

Das sensationelle neue Programm mit

Casficis

d. mysteriöse Zauberer
Tägl. 2x, 4.15 u. 8.15
Preise ab 50 Pf.
Ruf 291 35

Masken-Aber

Auswahl! Billig!
Bahnhofstr. 9, part. Tel. 59741

Schauspielhaus

Fernruf 36300
Täglich 8¼ Uhr

Casanova

Große Ausstattungs-Operetten-Revue
Musik von Johann Strauß

Masken

Theater-Kostüme neue erstklassige und preisgekrönte
verleiht billig größtes Spezialhaus
H. Wiersing Messergasse 50
Telefon 216 44

Gesellschaftshaus Silesia, Neudorfstr. 54

Heute Dienstag: **Gesellschaftstanz**

Die höchstbezahlten

Varieté

Nummern geben sich ein Stelldichein bei

LIEBICH

und erwarten Dich 8.15

Preise ½—3½ Rm.

5 Charivaris
Aage, Charly, Randy, Pichel und Vitaly
die weltberühmten Clowns
vom Hippodrom London

8 Faludys 8
die einzigartigen Schleuderbrett-Akrobaten

The Cho Shinomoto
die verblüffenden japanischen Handspringer

Breslau lacht wieder über **Karl Edler**

CARL NAPP

Karinsky und Rilbér
in ihrer großen Attraktion „Die Welle"

Gretel Hartmann
mit ihrem Lieblingspferd „Tamara"

Samson **Breitbarth**
in seinen in der ganzen Welt noch nicht übertroffenen Leistungen

Musikleitung: Kapellmeister Weißhaupt

Lebensbilder
erzählt von Willy Cohn
Friedrich Engels
Mit 1 Bild. 90 Pfennige.
Buchhandlungen Volkswacht.

Sparsame **Hausfrauen**
kommen nach der
Schmiedebrücke

*

Unser
Inventur-Ausverkauf
geht weiter!

*

Die billigste **Gelegenheit** des ganzen Jahres **müssen** auch Sie wahrnehmen!

MESSOW G.m.b.H. WALDSCHMIDT Schmiedebrücke

---

3 Inserate erzielen in der „Volkswacht" den größten Erfolg

Die während des Inventur-

Ausverkaufs

entstandenen **Reste und Abschnitte**

werden
Dienstag
Mittwoch
Donnerstag

bis **75%** unter dem regulären Wert verkauft

Hecht & David

Breslau, Ring 29 Goldene Krone

Brauerei und Ausschank
Zum großen Meerschiff
Reuschestraße 28 • E. Vogel
2 Minuten vom Königsplatz / Telefon 50688

Morgen Mittwoch, den 3. Februar

Eisbock

auch in Flaschen und Siphons frei Haus

Sensationelle Neuheit!

Selbstschutzpistole in Bleistiftform

Vorzugspreis 3.25 Mk. **Der schießende Bleistift!**

Ein unauffälliger Dauerbleistift, elegant vernickelt, 13,5 cm lang, bequem in der Tasche zu tragen, gleichzeitig die wirksamste unbedingt zuverlässige Verteidigungswaffe! Einzig dastehende Vorzüge: **automatische Entladung**, die vollkommene Sicherheit bietet, und **Patronen-Auswerfer!**

Ein Druck, und die Waffe schießt!

Er ist unbedingt zuverlässig und selbst in der Aufregung von jedem sofort richtig zu bedienen. Sie brauchen keine Sorge mehr vor einem plötzlichen Ueberfall haben, der Bleistift schützt Sie sicher vor jeder Gefahr. Der Angreifer wird auf der Stelle betäubt und kampfunfähig gemacht, aber nicht verletzt. Der idealste Schutz für jedes Haus und Geschäft, für Kassierer, Damen, Geldboten usw.

Wird mit Schreckschuß- oder Gaspatronen geladen und ist sofort gebrauchsfertig.

Für jedermann ohne Waffenschein zugelassen! Tausendfach bewährt! Vertreter und Wiederverkäufer überall gesucht!

Zwecks Einführung Vorzugspreis **statt 6,50 RM nur 3,25 RM portofrei!** Nachnahme 40 Pf. teurer.

Selbstschutzwaffen-Vertrieb Abt. A. 26, Berlin SW 48, Schließfach 34.

Ein Irrtum

ist es, wenn Sie annehmen, **die kleine Anzeige** habe nur in d. bürgerlichen oder sogenannten General-Anzeiger-Presse Erfolg

257 Offerten

gingen im April 1931 auf eine kleine Anzeige

in der Volkswacht

ein. Deshalb inserieren auch Sie in der Volkswacht. Es ist

Ihr Vorteil!

Verkäufe

Bauplatz oder Wochenendp
an der Strehlener Chaus
verk., 1000 qm Preis 8
2 km von Stadtgrenze, r
Tausch Motorrad u. Zu
Erich Kuhn, Königg
Straße 24, III.

Friseurgeschäft
in sehr bel. Gegend
zu verk. od. zu verpacht.
bei Dittrich, Matthiasstr.

Kleine Anzeigen

sind kompreß gefaßte kurze
lige Anzeigen von Verkäufen
Kaufgesuchen u. a. um
Privaten. Wort 3 Pfennige
— fett 4 Pfennige —

Modern. Kinderwagen
Laufgitter verkauft
Polizeisiedlung Krietern

Der Baumarkt

BAUHÜTTE BRESLAU

GEMEINWIRTSCHAFTLICHES GROSSBAUUNTERNEHMEN

Reserviert

WALTER ELLERMANN
Ingenieur Büro
BRESLAU 23 Steinstraße 121 b
Elektrische Licht- u. Kraftanlagen
Fernsprecher 397 88

Albert Kirchmann
Banglaserei und Bildereinrahmung
BRESLAU 8 / Vorwerkstraße 46
Tel. Nr. 53264 / Postscheck 27283

Marmor
Kunststein
Terrazzo
Steinholz

David & Schubert
Breslau 10 / Fernruf 4334
Telegramm-Adresse: Daschu

Schindler & Co.
Hoch- und Tiefbau
Breslau 5, Tel. 26808

Buchdruckerei Volkswacht
liefert moderne Drucksachen
Breslau 2, Flurstr. 4/6, Tel. 21737 u. 21739

Paul Handke Maurermeister. **Hoch- u. Tiefbau**
Inhaber: Emil Markuske
Gegr. 1887. Breslau I, Vorwerkstr. 44 Tel. 57098
Maurer- und Zimmereibetrieb, Wohnungsbau
Gutachten, Entwurfsbearbeitungen, Bauberatung

Dauerbrandöfen **Reier & Olminski** **Kohlenherde**

Für die Redaktion verantwortlich: Walter Schulz; für die Anzeigen: Max Teßus. — Redaktion: Fränkelplatz 3. — Hauptexpedition: Flurstr. 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau

Alarm!

Der Aufmarsch der Jugend

Donnerstag, 20 Uhr, Kundgebung der arbeitenden Jugend im Gewerkschaftshaus
Genosse Dr. Stammer spricht!

Revuebilder „Rote Blusen" / Musikgruppe des Z. d. A.

Arbeitsgemeinschaft junger Sozialdemokraten
Helferkreis der Arbeiterkinderfreunde
Naturfreunde-Jugend
Reichsbannerjugend „Schwarz-Rot-Gold"
Sozialistische Arbeiterjugend
Sozialistische Studentenschaft

Generalversammlung der Partei

Der vor einigen Monaten berufene Parteivorstand einstimmig wiedergewählt

Inhaltsreiche Geschäftsberichte — Die Auswirkungen der Spaltung — Eine verstärkte Aktivität ist auf allen Gebieten zu spüren — Nur wenige aber wichtige Anträge Rasch und ruhig erledigte Wahlen — Ein guter Auftakt für die bevorstehenden Kämpfe in diesem Jahre

Gestern Abend fand im großen Saal unseres Gewerkschaftshauses die diesjährige Generalversammlung der Partei statt. Die Anteilnahme der Parteigenossenschaft an der Geschäftsführung des Parteivorstandes war sehr sehr groß, der große Saal des Gewerkschaftshauses war obgleich Stuhlreihen standen — bis auf den letzten Platz dicht besetzt, viele Hunderte hatten außerdem oben auf den Tribünen noch einen Platz suchen müssen. Trotzdem alles in rascher Folge und größter Ruhe vonstatten ging, dauerte diese Versammlung bis kurz vor Mitternacht an. Seit Jahren hat wohl die Breslauer Parteiortsgruppe nicht eine solch ruhig verlaufene und doch kampfentschlossene Generalversammlung erlebt. Gewiß wurde mit der notwendigen Kritik nicht zurückgehalten, aber sie war sachlich und unpersönlich, gewiß es waren keine „markigen" Reden, die gehalten, und keine großartigen Versprechen die gegeben wurden. Aber der einfache schlichte Satz, den Genosse Zimmer nach seiner Wiederwahl sprach: „Wir versprechen nichts, wir tun nichts als unsere Pflicht!" versprach mehr als schöne Redensarten. Die Versammlung war ein erfreulicher Auftakt zu der schweren recht schweren Arbeit der Partei in diesem Jahre.

* * *

Nach dem Vortrag von Georg Herweghs Dichtung über die Partei, durch Genossen Hexelschneider, eröffnete der Vorsitzende Genosse Zimmer die äußerst gut besuchte Versammlung mit dem Hinweis, daß dies wieder seit Jahren die erste Mitgliederversammlung ist, die nach Aufhebung des Vertretersystems direkt den Vorstand wählen wird. Es folgten nun noch eine Reihe von Berichten als Ergänzung zu den bereits in der Volkswacht veröffentlichten ausführlichen Jahresbericht.

Zunächst gab Parteisekretär Genosse **Kukielczynski** den **Geschäftsbericht**, in dem er noch einmal mit Nachdruck auf die verhängnisvollen Auswirkungen der Spaltung, die sich jetzt bereits auch in anderen Organisationen bemerkbar macht. Die Tatsache aber, wie selbst die Breslauer Organisation der SPD. die Spaltung durch verstärkte Aktivität wieder wettgemacht hatte, läßt sich für die Zukunft wieder eine gesunde Aufwärtsbewegung erwarten. Vor allen Dingen wird es Aufgabe sein, in diesem Jahre unsere Arbeit in den Betrieben wieder aufzunehmen.

Genosse **Herrmann**, der Kassierer der Partei gab den **Kassenbericht**, der in diesem Jahre besonders interessiert aufgenommen wurde. Auch der Kassenbericht bewies aufs allerdeutlichste, daß die Bewegung trotz der durch die Spaltung zugefügten Schäden und Unterschlagungen finanziell durchaus gesund ist. Genosse **Karl Pietsch**, der Vorsitzende der Stadtverordnetenfraktion gab den **Fraktionsbericht** und schilderte noch einmal kurz in anschaulicher Weise die einzelnen Etappen der äußerst schwierigen Politik auf dem Rathaus, wozu die von uns gegangenen Fraktionsmitglieder einen besonders großen Anteil hatten. Deutschnationaler Vorsteher, wildeste Agitationsanträge, Tumultszenen, das ist das Ergebnis von 4 Monaten Saplerpolitik im Rathaus.

Genosse **Mimietz**, der Vorsitzende der Pressekommission gibt den Bericht **der Pressekommission**, weist auf die verschiedenen Arten von Beschwerden hin, die aus den Reihen der Leserschaft über die Umgestaltung und Richtung der „Volkswacht" gemacht wurden. Die Spaltung hat uns eine Anzahl Leser gekostet, die aber durch eine verstärkte Werbung bereits wieder wettgemacht wurden. Neue Maschinen wurden in den letzten Wochen aufgestellt und eine Reihe von Einstellungen wurden vorgenommen. Genossin **Meschel** gibt kurz den **Bericht über die Frauenarbeit**, die auf diesem Gebiete der Partei ein ebenfalls recht reges Leben aufwies. Jede Lücke, die auch hier durch die Spaltung gerissen wurde, ist ausgefüllt worden. Genosse **Herbert Löbe** berichtet über die **Jugendorganisation**. Hier mußte — in der sozialistischen Arbeiterjugend und der Gruppe junger Sozialdemokraten — viel Aufbauarbeit geleistet werden, erfreulich ist, daß es hier überall wieder vorwärts geht. Die Arbeit für die Partei wird in diesem Jahre nicht verabsäumt.

Genossin **Dina Schuerell**, die Vorsitzende der Arbeiterkinderfreunde gibt **Bericht über die Arbeit der Arbeiterkinderfreunde**. Ein reiches aber schweres Arbeitsfeld wird durch diesen Bericht aufgezeigt, eine riesige Kleinarbeit ist zu leisten. Durch die Mitarbeit der Jugend konnten die von uns gegangenen Helfer rasch wieder ersetzt werden. Schickt eure Kinder zu den Kinderfreunden, kommt selber als Helfer in ihren Reihen, unterstützt sie finanziell, das waren die ausklingenden Mahnungen der Berichterstatterin an die Parteigenossenschaft.

Zur **Tätigkeit des Arbeiterbildungsausschusses** macht noch Genosse **Kranold** kurze, ergänzende Ausführungen, weist noch einmal auf die wichtigsten und größten Veranstaltungen des Arbeiterbildungsausschusses hin, deren bedeutendste die Aufführung „Kreuzzug der Maschine" in der Jahrhunderthalle war. Die Erwerbslosigkeit und die damit verbundenen finanziellen Einschränkungen der Arbeiterschaft lähmen naturgemäß auch die Ausführungen größerer Bildungsveranstaltungen. Genossin **Kuhnert** gibt noch einem kurzen Ueberblick über die umfangreiche **Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt**, die gerade jetzt in diesen Notzeiten besonders notwendig und willig ist. Wir werden von dieser stillen und aufopfernden Arbeit in einem besonderen Aufsatz ausführlich berichten.

An der sich diesem Bericht anschließenden **Diskussion** beteiligten sich die Genossen **Fraenkel, Ludwig, Apfelstaedt, Funke, Winkler**, Genossin **Simmel** und Genosse **Mache**. Genosse **Brückner** gibt einen knappen Bericht über die Kassenprüfung und bittet für den Kassierer um Entlastung, die ihm einstimmig erteilt wird.

Anträge

Es folgten nun nach zum Teil kurzen Diskussionen die Abstimmungen über die vorliegenden, in der Sonnabend-Nummer der „Volkswacht" bereits veröffentlichten Anträge. Die ersten beiden Anträge wurden dem Bezirksvorstand überwiesen, der dritte war durch den Bericht erledigt. Einstimmige Annahme fanden folgende beiden Anträge:

Die Generalversammlung wolle beschließen: Bei der Einstellung von Personal in den Eigenbetrieben der Arbeiterschaft ist mehr als bisher darauf zu sehen, daß in erster Linie der Sozialdemokratischen Partei angehörige erwerbslose Mitglieder Berücksichtigung finden. Diesem Grundsatz ist auch in Fällen der Verringerung des Personals zu entsprechen. In Parteibetrieben (also Tendenzbetrieben) ist strenge Durchführung dieser Maßnahmen in allen Fällen zu fordern.

Auf Antrag des Vorstandes und der Funktionär-Versammlung wird das Breslauer Parteistatut in folgenden Punkten geändert:

a) Im § 6 des B.P.St. sind die Worte „insbesondere Vertretermandate" zu streichen.
b) Im § 9 Abs. 1 des B.P.St. sind die Worte des örtlichen Parteiorgans" zu streichen.
c) Der § 10 ist zu streichen und erhält folgende Fassung: „Der Geschäftsgang von Gesellschafterversammlung und Pressekommission wird durch das für diese Instanzen bestehende Musterstatut der Parteiunternehmungen geregelt."
d) Der § 11 des B.P.St. ist zu streichen.
e) 1. Der Absatz 2 des § 17 ist zu streichen.
2. Der Absatz 5 des gleichen Paragraphen ist zu streichen und erhält folgende Fassung: „Außerordentliche General-Versammlungen werden vom Vorstand nach Bedarf einberufen. Ihre Einberufung muß erfolgen, wenn 300 Mitglieder dies schriftlich beantragen. Der Antrag muß gleichzeitig die geforderte Tagesordnung enthalten."
f) Der § 25 des B.P.St. erhält in seinem ersten Satz folgende Fassung: „Dieses Statut tritt am 1. Februar 1932 in Kraft. Gleichzeitig treten alle bisher geltenden Statuten und Beschlüsse, die das Statut selbst betreffen, außer Kraft."

Wahlen

Nachdem der bisherige Vorstand seine Aemter niedergelegt hatte, nahm Genosse Kukielczynski die Wahlen vor. Einstimmig wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Der Vorstand setzt sich nun auch für das kommende Jahr wie folgt zusammen:

Vorstand:

Vorsitzende: Zimmer, Ernst, Bretthorst, Heinrich. **Kassierer:** Herrmann, Robert, Schneider, Alfred **Schriftführer:** Funke, Eberhard, Borchheim, Martha. **Beisitzer:** Klotz Paul, Löbe, Herbert, Maschel, Paula, Eichler, Richard, Mache, Karl.

Revisoren:

Jaensch, Paul, Neumann, Berta, Brückner Heinrich, Behnke Hans.

Pressekommission

Kukielczynski, Max, Mimietz, Karl, Scholz, Gustav, Ullrich, Richard, Baruske, Erdmann, Berndt, Paul, Kosok, Helene, Marck, Siegfried, Prochownik, Martha-Eva.

Bibliothekskommission

Bruhns, Albert, Litwa, August, Koszta, Klara, Gottwald, Alfons.

Bildungsausschuß

Kranold, Albert, Lippmann, Gad M., Heppner, Paul, Seliger, Karl, Herrmann, Erich, Hexelschneider, Gustav, Münz, Erna, Marck, Käte.

Von der Arbeit des ASB. in Breslau

Die Tätigkeit der Breslauer Arbeitersamariter im 20. Jahre ihres Bestehens

Im Gewerkschaftshause fand dieser Tage die außerordentlich gut besuchte Generalversammlung der Breslauer Kolonne des Arbeiter-Samariter-Bundes statt, die im Laufe des vergangenen Geschäftsjahres auf ihr zwanzigjähriges Bestehen zurückblicken konnte. Die Berichte der einzelnen Funktionäre, die im Laufe dieser Versammlung gegeben wurden, ermöglichten einen guten Einblick in das anerkennenswerte Wirkungsfeld, das sich neben der Wachtätigkeit bei öffentlichen Veranstaltungen hauptsächlich in den Betrieben und in den Proletarierwohnungen abwickelt, in der breiten Oeffentlichkeit also kaum besonders wahrzunehmen ist.

So wurden von den Mitgliedern der Kolonne, die in Betrieben haupt- oder nebenamtlich als Samariter tätig sind, bei 7850 Unfällen Hilfe geleistet. Mehr als tausend dieser Hilfeleistungen entfielen allein auf das Arbeitsamt. Trotz der massenhaften Brachlegung der Arbeitskräfte durch die Wirtschaftskrise, die auch auf die Zahlen der Betriebsunfälle nicht ohne Einfluß bleibt, lehren die Zahlen doch, **daß die Haupttätigkeit der Arbeitersamariter auch heute noch, genau wie bei der Gründung der Organisation, auf dem Schlachtfelde der Arbeit liegt.** Bei öffentlichen Veranstaltungen der Arbeiterschaft, in den städtischen Strandbädern und beim Oderrettungsdienst stellte die Kolonne 711 Wachen, bei denen 2394 Samaritergenossinnen und Genossen weit über 10000 Dienststunden leisteten und 2707 Verunglückte oder plötzlich Erkrankten mit erster Hilfe beistehen mußten. Durch Zusammenarbeit der Kolonne mit dem Ortsausschuß der Arbeiterwohlfahrt wurde auch den in der Hauskrankenpflege ausgebildeten Genossinnen ein umfangreiches Tätigkeitsfeld erschlossen, das sich widerspiegelt in der Zahl von 12½ Tausend geleisteten Pflegestunden. Eine ständige Station in Breslau-Stabelwitz und 7 Einzelhelferstellen in verschiedenen Teilen des Eingemeindungsgebietes konnten ebenfalls ihre Existenzberechtigung ausreichend beweisen.

Auch in organisatorischer Beziehung konnte die Kolonne den Widerständen der Wirtschaftskrise trotzen. Neben den 430 Uebungsveranstaltungen, die in den einzelnen Abteilungen für die Mitglieder veranstaltet wurden, konnten im Frühjahr 6 Unterrichtskurse mit einer Prüfung der 147 Teilnehmer abgeschlossen werden, und trotz der Unkosten war es erschwinglich, auch im Herbst wieder 9 neue Kurse zu beginnen, die zurzeit noch nicht abgeschlossen sind und 250 eifrige Teilnehmer zu verzeichnen haben.

Finanziell ist die Kolonne bei ihrer Sammlung wieder von der Arbeiterschaft unterstützt worden, obwohl sich selbstverständlich auch bei dieser Solidaritätsbekundung die verheerenden Auswirkungen der Krisenzeit bemerkbar gemacht haben. Dennoch konnte der Materialbestand um einige Anschauungsmittel zur Fortbildung der Mitglieder erweitert werden. Der Mitgliederstand ist um einen kleinen Prozentsatz zurückgegangen.

Anschließend an die Berichterstattung der Funktionäre und die damit verbundene Aussprache und Kritik erfolgte die Vorstandswahl, bei der die bisherigen Funktionäre fast restlos wiedergewählt wurden. Es wurden gewählt: 1. Vorsitzender: Genosse Erich Sachs; 2. Vorsitzender: Genosse Alfred Jessenberger; Kassierer: Genossen Richard Herbst und Richard Strelinke; Schriftführer: Genossen Georg Suchy

und Friedrich Galle; Schriftführer: Genossen Erwin Hirsch und Erich Schwarzbach; Materialverwalter: Genossen Paul Musiek und Max Lobe; Frauenleiterinnen: Genossin Anna Klose und Genossin Hanslich.

Der rechte Mann am rechten Fleck

Die Sapler haben eine große Eroberung gemacht, ein Parteiloser ist ihnen beigetreten. Wer kennt nicht den Rechtsanwalt Simon, sein Name sei gelobt! Ursprünglich hat er mit den nationalen Wölfen geheult: Heul Schwarz-Weiß-Rot, heul Kaiser und Reich! Dann ist er als Hilfsrichter in Militsch einmal etwas aus den Pantinen gerutscht, der Name Simon lief durchs ganze Land, und so wurde er freisinnig, was heut so viel wie Demokrat heißen würde. Bei den Freisinnigen gab es aber so viel Führer und so wenig Prozesse, daß die Aussichten für das weitere Fortkommen nicht gerade glänzend waren. Deshalb zur Sozialdemokratie, wo er, weil seine Entwicklung bisher so gradlinig von rechts nach links verlaufen war, auch ganz gern aufgenommen wurde. Er hatte auch Prozesse zu führen, doch als er einmal einen armen Teufel pfänden ließ, weil er ihm das Honorar nicht pünktlich bezahlen konnte, verlor er bei uns seine Praxis. Also weiter nach links, in gerader Entwicklung zur USP. und zur KPD. Bei der KPD. hat er es auch wirklich zu etwas gebracht, denn unter Blinden gilt der Einäugige als König. Aber aus der KPD. jagte man ihn raus, weil er einmal im Hotel zu gut und nobel gegessen hatte. Nun war er durch Jahre parteilos, denn wo hätte er noch hingesollt? Die Nazis hätten ihn wohl nicht gemocht und er die Nazis auch nicht. Und nun hat die parteilose, die schreckliche Zeit wieder ihr Ende gefunden. Simon ließ sich von Eckstein für die SAP. gewinnen. Ihr wird er nun treu bleiben bis zum Tode. Nicht bis zu seinem Tode, sondern bis zum Tode der SAP. Doch hoffentlich wird bis dahin wieder irgend eine neue Partei entstanden sein, damit Simon nicht am Ende der jetzt schon totkranken SAP. doch wieder als Parteiloser herumzulaufen braucht, weil er alle für ihn in Betracht kommenden Parteien durch ist und keine ihn wieder haben will.

Allerlei Einbrüche und mancherlei Diebesbeute

Vergangenen Freitag wurde in den Nachmittagsstunden in die Wohnung eines Borkosthändlers in der Posener Straße eingebrochen, wobei dem ungebetenen Besuch eine goldene Damenuhr, eine silberne Armbanduhr, eine silberne Damenuhr, eine Herrenniceluhr, Ohrringe und andere Schmuckstücke in die Hände fielen.

Anderer Art war die Beute, die die Einbrecher machten, die in der Nacht zu Sonnabend in die Büroräume einer Papierwarengroßhandlung in der Westendstraße eindrangen und 17 Füllfederhalter, 3 Kisten Zigarren, einige Aktentaschen und einige Versicherungskarten der Angestellten mitnahmen. Für die Ermittelung hat die Firma 100 Mark Belohnung ausgesetzt.

Im Laufe des Sonnabends hatten unbemerkt entkommene Einbrecher einem Hausbesitzer in der Bergstraße einen Besuch ab und entwendeten ihm aus der Wohnung eine braun lackierte Kassette, in der sich 400 Mark Bargeld und einige wichtige Urkunden befanden.

Aus einer Schankstätte in der Karlstraße wurden in der Nacht zu Sonntag 3000 Zigaretten, 200 Zigarren, 30 Pfund Wurst, Liköre, 9 Mark Bargeld und ein Trommelrevolver gestohlen.

Grüne Woche in Berlin

Zu der Notiz in der Freitag-Ausgabe der „Volkswacht" ist zu bemerken, daß sich die Verneinung eines kostenfreien Besuches der „Grünen Woche" für Arbeitslose und Wohlfahrtsunterstützte nur auf den Arbeitsbezirk Groß-Berlin bezieht und der durch einen Irrtum in der „Volkswacht" Aufnahme gefunden hat.

Sinnentstellender Druckfehler

In unserem gestrigen Bericht über die Kundgebung der „Eisernen Front" muß es natürlich heißen: „die Eiserne Front eine Einheitsfront und keine Volksgemeinschaft".

Monistische Gemeinde,

Ortsgruppe des Volksbundes für Geistesfreiheit. Mittwoch, den 3. Februar, Punkt 20 Uhr, Beginn des Kursus Emil Machek: „Das physikalische Weltbild von heute". Der Kursus erstreckt sich über die vier Mittwoch-Abende im Februar. Der erste Abend befaßt sich mit dem Thema: „Exakte Logik". Der Eintritt beträgt für Mitglieder für den Einzelabend 10 Pfennig. Für Gäste 20 Pfennig.

TONKINO GEWERKSCHAFTSHAUS LICHTSPIELE

Der Storch streikt

mit Siegfried Arno

Täglich ab 4.30 Uhr. Letzte Vorstellung 8.30 Uhr bis Donnerstag, den 4. Februar

Vorschau ab Freitag, den 5. Februar

Um eine Nasenlänge mit Siegfried Arno

Achtung! Sonnabend, 6. Februar: Keine Kinderaufführung!

Proletarische Morgenfeier

Der Arbeiter-Bildungsausschuß veranstaltet am 14. Februar, vormittags 10 Uhr, im Zentral-Theater, Westendstraße Nr. 50/52, die

9. Proletarische Morgenfeier der SPD. Abteilung Nikolaitor

Film — Sprechchor — Rezitation — Musik

Eintrittspreis 20 Pf.

Alles hält sich für diesen Tag frei!

Werbeversammlung der Sozialistischen Studenten

Am Mittwoch, den 3. Februar, veranstaltet die „Sozialistische Studentenschaft im Gewerkschaftshaus eine Werbeversammlung mit dem Genossen Dr. Hamburger, der über „Wirtschaftskrise und faschistische Ideologie" sprechen wird. Beginn 20 Uhr.

Stadträte und Stadtverordnete

Heute 20 Uhr findet im Gewerkschaftshause eine **wichtige Fraktionssitzung** statt. Zimmer an der Tafel zu ersehen.

Ich Christ's Brot!

„Warum muß jeder Christ Sozialist sein?

— und warum kann jeder Sozialist Christ sein?" Darüber hält Genosse cand. theol. Peisker am Donnerstag, den 4. Februar, 20 Uhr, im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses einen Vortrag. Der Bund religiöser Sozialisten, Ortsgruppe Breslau, ruft die Breslauer Arbeiterschaft auf, bei dieser Veranstaltung recht zahlreich zu erscheinen. Freie Aussprache.

Rundfunk von heute

Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer

Im Rahmen des „Kinderfunk" hält heute um 16 Uhr Margot Eckstein eine ihrer recht beliebten Bastelstunden ab, die sich auch Arbeiterkinder anhören können. In der „Stunde der werktätigen Frau" um 18,10 Uhr spricht Berta Zobel über: „Landarbeiterfrau und Wohlfahrtspflege". Im Rahmen der Vortragswoche „Berufsberatung" erörtert um 18,35 Uhr Eva Oertel „Das Berufsproblem der weiblichen Jugend".

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat: Gewerkschaftshaus, Zimmer 167–170. Telefon Nummern 59060–59061. Geöffnet außer Sonnabend von 8–1 und 4–6 Uhr

Montag, den 8. Februar, finden überall Distriktsversammlungen statt.

Stadtverordnetenfraktion. Dienstag 20 Uhr Fraktionssitzung. Zimmer der Tafel.

Abteilung Süden (Distrikte 1, 32 und 33). Mittwoch, den 3. Februar, 20 Uhr, findet im Spiegelsaal bei Bräuer, Gabitzstraße 22, eine Abteilungsversammlung des Freidenkerverbandes statt. Genossinnen und Genossen, die Mitglieder des Verbandes sind, haben dort unbedingt zu erscheinen.

Abteilung Scheitnig. Heute 20 Uhr bei Bittner, Uferstraße 26, 1. Bildungsabend mit dem Genossen Kranold: „Kann uns eine Inflation retten?"

Arbeitsgemeinschaft junger Sozialdemokraten

Am kommenden Mittwoch findet im Gewerkschaftshaus Jugendzimmer 144 unser nächster Gruppenabend statt. Es spricht der Genosse Jaeger zu dem Thema: „Gewerkschaften und Jugendfragen".

Sozialistische Arbeiterjugend

Engerer Vorstand und Obleute. Heute Dienstag um 20 Uhr wichtige Besprechung. — Kassierer heute bestimmt ab 20 Uhr Abrechnung.

Heim 4. Donnerstag 7½20 Uhr am Oderkanal (Reich-, Ecke Grüne Straße). Freitag Heimabend im „Jägerhof". Bringt Freunde mit.

Heim 5 (Friedrich-Wilhelm-Straße 45). Freitag Ausspracheabend. Mitgliedsbücher mitbringen.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell

FGJ. Alle Gruppen beteiligen sich am Mittwoch, 3. Februar, 20 Uhr, im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses an einer gemeinsamen Zusammenkunft. Genosse Dr. Hamburger spricht über „Wirtschaftsfaschistische Ideologie". Funktionäre der Gruppen müssen bestimmt erscheinen.

Zentralverband der Angestellten, Jugendgruppe. Heute 20 Uhr folgende Veranstaltungen der Heime statt: Heim 1, Teichenstraße: „Stunde mit Büchern", Kollege Bürgel. — Heim 2, Friedrich-Wilhelm-Straße 45: Brettspiele und Schallplattenkonzert. — Heim 3, Sadowastraße: Vortrag über „Die Entwicklung unserer Jugendarbeit in Breslau", Kollege Gutsmuter. — Heim 4, Rosenstraße 67: Vortrag über „Jugend und Sexualfragen". Referent Dr. Goldberg. — Heim 5, Brockauer Straße: Heiterkeit und Frohsinn mit Kollegen Binnberg. — Donnerstag, 4. Februar, geschlossene Beteiligung der Heime an der Kundgebung der freien Jugendverbände, die um 20 Uhr im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses stattfindet. Die Musikgruppe trifft sich 19,30 Uhr vor dem Gewerkschaftshause. Die Arbeitsgemeinschaft junger Versicherungsangestellter fällt aus. — Freitag, 5. Februar, 20 Uhr, im Heim 2 Funktionärschule. — Sonntag, 7. Februar, 15 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses Jahreshauptversammlung der Jugendgruppe mit folgender Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Wahlen zur Jugendleitung. 3. Wahl der Delegierten zur Gaujugendkonferenz. 4. Unsere Frühjahrswerbung. 5. Verschiedenes. Im Anschluß an die Versammlung gemütliches Beisammensein unter Mitwirkung der Musik- und Spielgruppe. Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau

Achtung, Helfer! Helferstunde heute 20 Uhr Zimmer 143 Gewerkschaftshaus. Die Sammellisten werden eine halbe Stunde früher abgerechnet.

Abteilungskassierer. Abrechnung Donnerstag ab 19 Uhr Zimmer 143 Gewerkschaftshaus.

Abteilung 6. In dieser Woche bleiben die Gruppenabende noch wie bisher. Jung- und Rotfalken Dienstag und Donnerstag Gruppenabend. Nestfalken Freitag Märchenabend.

Abteilung 12 (Hundsfeld). Dienstag Jung- und Rotfalken Bunter Nachmittag. Donnerstag Nestfalken. Elternabend am 24. Februar, 20 Uhr, „Gelben Löwen".

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Sportgruppe und Jugend. Donnerstag 19,30 Uhr erscheint alles der Jugendkundgebung im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses. Alle Jugendlichen müssen erscheinen.

Kursteilnehmer. Wir besichtigen Donnerstag vormittag die Betriebe „Vorwärts". Treffpunkt wird noch bekanntgegeben.

Abteilung West „Schufo". Donnerstag 19,30 Uhr Antreten in der Turnhalle. Auch die Kameraden der Stafo nehmen daran teil. Turnsachen mitbringen.

Banner 11 (Reuter). Heute fällt das Antreten in der Turnhalle aus. Freitag übliche Zusammenkunft. Funktionäre erscheinen bereits um 19 Uhr.

Jungbanner Nord und Ost. Heute 20 Uhr Pflichtantreten in der Turnhalle Fürstenschule.

Jungbanner West (Gesamt). Heute Liederabend.

Vortrupp Nord. Heute Liederabend.

Vortrupp Ost. Unser Heimabend findet nicht heute, sondern nächsten Donnerstags statt. Unser nächster Heimabend findet am 9. Februar im Heim Elisabethgymnasium statt.

Vortrupp Süd. Wir haben heute Bastelabend. Werkzeuge sind mitzubringen. Alle Bausteine sind abzurechnen.

Banner Groß-Mochbern und Oppeln. Sämtliche Kameraden erscheinen heute 20 Uhr in Oppelau zur öffentlichen Versammlung.

Vereinskalender

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands. Mittwoch, den 3. Februar, abends 7½ Uhr, findet im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses eine Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1931. 2. Wahl der Beisitzer zur Ortsverwaltung und Revisoren. 3. Verschiedenes. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen. Mitgliedsbuch dient als Ausweis.

Die Ortsverwaltung.

Konzerte · Theater · Vergnügungen

Breslauer Volksbühne. Kostümfest „Klappsitz und Gardine". Für das Kostümfest der Volksbühne am Sonnabend, den 13. Februar, im Messehof ist eine besondere Dekoration von den Malern Gerhard Steinke und Alfred Walter entworfen worden. Eintrittskarten im Vorverkauf für Mitglieder der Volksbühne zum Preise von 2 Mark in der Geschäftsstelle, Schweidnitzer Straße 8a, für Nichtmitglieder zum Preise von 2,75 Mark auch bei Bebe und Hainauer. An der Abendkasse erhöhen sich die Preise auf 3 bzw. 4 Mark.

Stadttheater (Opernhaus). Heute Dienstag 20 Uhr, Abonn.-Vorst. A: „Aida" mit Ingeborg Holmgreen a. G. in der Titelpartie. Mittwoch 20 Uhr, Abonn.-Vorst. F 10: „Der Vogelhändler". Donnerstag 20 Uhr in der Neuinszenierung von Hans Baron, unter der musikalischen Leitung von Hermann Wetzler: Flotows „Alessandro Stradella" mit Ilse Arnold in der Titelpartie, Herma Kaltner und den Herren Andra, Baron und Hiller in den übrigen Hauptpartien.

Lobetheater. Täglich 20,15 Uhr finden Aufführungen des allabendlich großem Beifall aufgenommenen Bühnenstückes „Mademoiselle Docteur" (nach Motiven aus H. A. Berndorffs Buch „Spionage") von Otto Alfred Palz in der Inszenierung von Martin Magner und der Premierenbesetzung statt.

Thaliatheater. Täglich 20,15 Uhr der große Lustspielerfolg „Das verliebte Geld" von Carl Rößler. Inszenierung Martin Lindemann. Premierenbesetzung.

„Casanova" im Schauspielhause. Heute Dienstag und die folgenden Tage 20,15 Uhr kommt die große Ausstattungs-Operetten-Revue „Casanova" mit der Musik von Johann Strauß, von Ralph Benatzky bearbeitet, zur Aufführung.

Wiesbich ist Weltvariete. Den neuen Beweis dafür haben Philipp Laven und Gebrüder Hirschberg mit dem neuen Februarprogramm angetreten, das schließlich Kapazitäten nach Breslau bringt, zuerst der urkomische Carl Rosa und der bärenstarke Samson Breitbart. Zu diesen Großattraktionen sind Kleinpreise von 50 Pf. an das zeitgemäße Gegenstück, welches allen Volksschichten erlaubt, eine Lieblingsvorstellung zu genießen.

Varieté Wappenhof. Heute Dienstag ab 16 Uhr das 1. Februar-Programm mit neun hervorragenden Attraktionen. Ab 20 Uhr: Abendvorstellung mit neugeknüpftem Spezialitäten-Spielplan, in den Pausen Ball bei zwei Kapellen. Heute Dienstag große Familien-Nachmittagsvorstellung.

Ziskus Busch. Täglich 16,15 und 20,15 Uhr das mit großem Beifall genommene Programm. Im Mittelpunkt der Darbietungen steht Kasticis, der mystische Zauberer.

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Die Störung 6 A hat sich zu einer gewaltigen Sturmzyklone entwickelt. Ihr Zentrum ist von Island über das norwegische Meer und Skandinavien südwärts bis Inner-Rußland weitergezogen. Beim Durchgang ihrer Hauptfront kam es auch in Schlesien am Montag vielfach zu Sturmböen. Im Hochgebirge herrschte schwerer Nordweststurm mit Schneefällen. Vorübergehend dringen am Dienstag wieder kältere arktische Luftmassen in Schlesien ein und führen zu vorübergehender Aufheiterung und Temperaturrückgang. Die Wetterlage behält aber weiterhin ihren wechselhaften und ziemlich unruhigen Charakter, da weitere Störungen in rascher Folgezeit vom norwegischen Meer südostwärts vordringen.

Aussichten für das schlesische Flachland:

Vorübergehender abflauender Nord bis Nordwest und Aufheiterung, Temperaturrückgang, später neue Eintrübung und Schneefall.

Aussichten für das schlesische Mittel- und Hochgebirge:

Vorübergehend abnehmender Nordweststurm, wechselnd bewölkt, später, zunehmender Frost.

Geschäftliches

Der schreibende Bleistift ist das Neueste auf dem Gebiete des Selbstschutzes. Es handelt sich hierbei um einen Metall-Dauerbleistift, der in seinem Aeußeren in nichts verrät, daß er nicht nur schreiben, sondern auch — schießen kann. Der Schreib-Bleistift liegt harmlos und unauffällig auf dem Schreibtisch, auf dem Nachttisch, auf dem Kommode oder in der Nähe der Eingangstür. Selbst eine Frau oder ein Kind können in der Aufregung die Waffe ohne weiteres ziehen und hier bedienen und sich damit jeden Angreifer vom Halse halten. Dieses Gefühl des unbedingten Schutzes gibt auch bei plötzlichen Ueberfällen eine absolute Sicherheit, und bekanntlich ist Kaltblütigkeit bei jeder Gefahr die Hauptsache. Die Waffe verletzt nicht, sondern betäubt nur. Sie ist für jedermann ohne Waffenschein zugelassen. Wer seine Angehörigen, sich selbst und sein Eigentum vor jeder Gefahr durch Ueberfall schützen will, beachte die Anzeige heutiger Nummer: Ein Bleistift rettet Ihnen das Leben! Selbstschutzgesellschaft Bleistift.

Theater und Musik

Schauspielhaus

„Casanova"

Es geht der Operette nicht gut. Jeder weiß, wie sehr abgenutzt diese Kunstgattung ist und wie schlimm und gefährlich es um den steht, der heute diese Form pflegen will. Seit einigen Jahren spricht man schon von ihrem Niedergang und bemüht sich ebensolange Wege ausfindig zu machen, um den gänzlichen Verfall aufzuhalten. Alte Werke wurden darum durch Inszenierungs- und Bearbeitungskünste lebensfähig gemacht, die Operettenrevue feierte Triumphe. Doch das Ergebnis waren Teilerfolge, und die moderne, zeitgemäße Operette blieb in den Kinderschuhen stecken. Eine große Unruhe bemächtigt sich der Beobachter dieser Entwicklung und keiner von ihnen glaubt mehr, daß es sich hier nur um vorübergehende Schwierigkeiten handelt. Neue Ziele wurden gesucht, sie verbinden sich heute alle in dem einen Ruf nach Qualität und Leistung. Mit ihr gibt es heute nur Erfolge, sie ist das Ei des Columbus. Blind muß jeder genannt werden, der sich dieser Tatsache verschließt. Zu diesen Blinden müssen wir leider auch die neuen Direktoren des Schauspielhauses Fr. Berg und L. Mayer von den Vereinigten Stadttheatern Konstanz-Schaffhausen-Winterthur zählen, nach dem sie uns mit ihrer Antrittsvorstellung arg enttäuscht haben. Da wird eine gechimpft und das Theater beklagt und für die Operette aber ein zusammengeschmiertes Buch wie das der Herren Schanzer und Welisch für so gut befunden, daß sich auch noch Ralph Benatzky nicht scheut, Melodien von Johann Strauß zu borgen und unter dem anlockenden Titel „Casanova" dem Publikum vorzusetzen. Traurig, daß jeder Textmacher glaubt, wenn die Musik von Johann Strauß genommen wird, muß auch das Werk Erfolg haben. Schade nur um die 3½ Stunden, die man im Theater zubringen muß, um sich diesen Unsinn anzusehen. Es ist abgesehen von den prächtigen Kostümen, dem unter Kapellmeister Gonnet gut spielenden Orchester und der Bekanntschaft mit Hanna Rüggeberg nichts erfreulichen von diesem Debut zu berichten. Die Bilder erinnerten an die Einrichtung eines Varietéprogramms, die Inszenierung Direktor Friedrich Bergs konnte nicht langweiliger sein. Humor, Stimmung, Witz, Laune fehlten völlig. Die Schauspieler, von denen uns zum Teil große Leistungen gemacht wurden, eine völlige Riege über prozentualen Durchschnitt, weshalb es besser ist, ihre Namen nicht erst aufzuführen. Auch das Ballett und der nicht singende Gesangschor hinterließen wir besser. Die neuen Herren müssen sich über ihr Schicksal im Breslauer Publikum, das von Jahren Dr. Lemm ihr erworben, nach einem charakteristischen Interregnum der Direktor Fritzer erstaunt, was es jetzt im Stadttheater erleben hat, und hat nicht mehr solche Qualität vertragen, wie sie die neue Direktion vorzusetzen wagt. Wenn die beiden Schweizer Theaterdirektoren auch in dem von ihnen übernommenen Stadttheater von Schwabing auf das gleiche Ebene zu führen gewollt, ist es nur die Frage einer kurzen Zeit, bis sie den Breslauern auch den Besuch der Sprechbühne verleidet haben werden.

p—k.

Ernst Wiechert liest aus eigenen Werken

Auf Einladung des Eckart-Kreises las Ernst Wiechert, weiteren Kreisen bekannt durch seinen Roman „Die Kleine Passion" und sein Kriegsbuch „Jedermann" im Saal der „Gesellschaft für vaterländische Kultur" aus eigenen Werken.

Er las zwei Abschnitte die für ihn und sein Schaffen bezeichnend sind, was er auch selbst in einleitenden Worten betonte, das Schlußkapitel seines Kriegsbuches „Jedermann" und die Novelle „Regina". Hier ist es der Sproß einer alten Familie, der junge Graf von Pfeil, den in den letzten Kriegstagen die tödliche Kugel trifft. Er stirbt gelassen, mit großer Geste: „Bringt meine Leiche über den Rhein!" Und die, denen er den Befehl gibt, führen ihn mit fanatischer Gewissenhaftigkeit aus. Der große Führer, der große Mensch hat es ihnen befohlen. Die Suggestivität seiner Persönlichkeit wirkt über seinen Tod hinweg. — Dort ist es die fünfzehnjährige Bäuerin Regina, eine großartige Frauengestalt von packender Geschlossenheit. Nach jahrelanger Witwenschaft empfängt sie ein Kind. Der Vater ist ein Dichter, einer von jenen in der Welt umherirrenden Romantikern, der sie verläßt, als er die Bindung erkennt. Obwohl der Arzt den Eingriff vollziehen will, bringt sie ihr Kind zur Welt. Sie überwindet die „Schande" und nimmt die Schmach auf sich, von ihren Söhnen vom Hof verjagt zu werden. Im Stall, der Geburtsnacht steht ihr in ihrer schweren Stunde bei, gebiert sie. Worte des Evangeliums klingen auf.

Wiechert, der von der bürgerlichen Presse, als „einer der größten deutschen Dichter" gefeiert worden ist, steht ideologisch etwa den Kreisen des „evangelischen Jungvolks" nahe, ohne daß man ihn mit ihnen ohne weiteres identifizieren könnte. Im Entscheidenden aber deckt sich seine geistige Grundhaltung mit der jener Kreise. Sie ist im Innern ihres Wesens reformatorisch. Und wenn Wiecherts dichterisches Schaffen den Eindruck leidenschaftlichen Protestes gegen die Epoche hinterläßt, in der er wie wir leben, Neues, Zukunft Weisendes können wir in ihm nicht entdecken. Wiechert ist kein Revolutionär, er setzt sich nicht mit der Gegenwart auseinander, „Jedermann" und „Regina" sind gute Beweise dafür. Er ignoriert die Zeit und ihre Menschen. Mit rückwärts gewandtem Blick hängt er an alter Tradition, empfängt aus ihr seine dichterische Kraft und schafft Gestalten, die in ihrer Lebensnähe an Blut und Boden Prototypen vergangener Geschlechter sind, nicht Menschen der Gegenwart, denn sie sich auch so gebärden. Und die seelischen Konflikte die diese Menschen bewegen, sind nicht die Konflikte der Menschen von heute. Und weil sie es nicht sind, sind es auch nicht die „großen, ewigen menschlichen Konflikte" auf die Monumentalität der Sprache Wiecherts, die Wucht seiner Bilder einspielt.

— lo —

Reichsverbandstag der Brieftaubenzüchter

Die Tagung in Breslau — Eine umfangreiche Brieftauben-Ausstellung

Mit der 48. Wanderversammlung des Verbandes Deutscher Brieftaubenzüchter-Vereine hielt ein Sportzweig in Breslau eine Tagung ab, der in Schlesien noch nicht allzu sehr verbreitet ist. Dabei stellen die Brieftaubenzüchter in Anbetracht ihrer erheblichen Gesamtzahl einen nicht zu unterschätzenden Faktor im Wirtschaftsleben dar. Sind doch in diesem Verbande 6300 Vereine mit 61 594 Mitgliedern zusammengeschlossen und diese Mitglieder wiederum besitzen 1 349 458 Tauben.

Zur Vertretung ihrer besonderen Interessen und zur Erhaltung weiterer Steigerungen ihrer Leistungen hält der Verband alljährlich eine Tagung ab, wobei Berlin meistens bevorzugt wurde. Breslau wird Reichsverbandstagungen immer begrüßen, und darum wurden auch die mehr wie dreihundert Delegierten der verschiedenen Bezirksvereine der Brieftaubenzüchter herzlich willkommen geheißen. Die Wünsche und Forderungen der Brieftaubenzüchter liegen etwas abseits der geistigen Dinge. Beschäftigt man sich aber etwas näher mit diesem Liebhabersport, so kann man ihre Begeisterung dafür durchaus verstehen und ihre eifrige Mitarbeit an der weiteren Ausgestaltung dieses Sportes. Man hat ja schon viel von den erstaunlichen Flugleistungen der Brieftauben gehört, die ja schon im Kriege 1870/71 eine Rolle im Meldedienst spielten. Werden doch Fluggeschwindigkeiten von 1100 Meter in der Minute erzielt, ja manche Tiere brachten es auf eine Tagesleistung bis zu 1200 Kilometer. Durch solche Leistungen angeregt, wurde die Zahl der Flüge von Jahr zu Jahr größer, wie besonders in Süddeutschland, diese Sportart in ständigem Wachsen begriffen ist. Die Verbandstagung in Breslau war nicht ausgefüllt mit beratenden Sitzungen, sondern von besonderer Bedeutung war die große Brieftauben-Ausstellung, für die der Ausstellungshalle am Zoo untergebracht ist. Mehr als tausend Brieftauben, die aus allen Teilen des Reiches nach Breslau transportiert wurden, sind hier ausgestellt. Die Eröffnung dieser Ausstellung, zu der auch Vertreter der Behörden erschienen waren, erfolgte durch Bürgermeister Genossen Mache. Anschließende Führung durch die Ausstellung ließ auch den Laien einen Blick in dieses Gebiet der gefiederten Flugkünstler tun, denn jede der ausgestellten Tauben hat bereits eine ruhmreiche Laufbahn. Die Preisrichter hatten keine leichte Arbeit. Für die Prämiierung der hervorragendsten Tiere waren zweckmäßig wertvolle Ehrenpreise gestiftet worden. Die Brieftaubenausstellung ist am Montag noch geöffnet.

Aus Anlaß der Verbandstagung wurden die Brieftauben noch besonders geehrt, daß man im Gedenken an ihre großen Leistungen im Weltkriege eine Gedenktafel an der Umfassungsmauer des Zoo anbrachte. Diese Bronzetafel zeigt eine bereite Taube mit darunterstehender Widmung.

Die Reihe der ernsten Beratungen wurde unterbrochen durch Veranstaltungen geselliger Art. Der Sonnabend Abend vereinte Verbandstagsteilnehmer in der Terrassengaststätte an der Jahrhunderthalle, wo der gastgebende Verein ein unterhaltsames, reichhaltiges Programm zusammengestellt hatte. Die Ansprache des Verbandspräsident Troullier aus Essen, der die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Brieftaubenzüchter hervorhob. Solotänze, Gesangsvorträge und Rezitationen durch unser unserer Theater sorgten für eine reiche Abwechslung.

Der Sonntag brachte noch umfangreiche organisatorische Fragen und die Beratung einer großen Reihe von Anträgen, die von den verschiedensten Bezirksgruppen eingegangen waren. Als nächstjähriger Tagungsort wurde Hannover vorgesehen. Der Besuch der Brieftaubenausstellung ist durchaus zu empfehlen.

Der schäbige Kampf gegen Direktor Kirchhoff

Eine üble Hetze zusammengebrochen

Seit Jahresfrist beschäftigen sich die verschiedensten Zeitungen und Winkelblätter mit der „Sozialistenwirtschaft in der Schlesischen AOK.". Es würde ganz gewiß Bände füllen, wollte man die Schmähungen, Sensationen und Verdächtigung und Lügen aus den Fingern gesogenen Lügen zusammenfassend darstellen. Man konnte beobachten, wie jeder nach eigener Veranlagung das Gras wachsen hörte, in der stillen Hoffnung, mit dem angeblichen „Korruptionssumpf der AOK." gleichzeitig einen weit ausgeholten Schlag gegen das Krankenversicherungswesen im allgemeinen führen zu können.

Selbstverständlich hat man bei diesem Kampfe auch nichts unversucht gelassen, auch den Direktor Kirchhoff in die Affäre zu beziehen. Die Verleumdungen wuchsen sich zu einer Hochflut aus und es ist heute nur verwunderlich, daß Direktor Kirchhoff durch die hinterhältige Taktik der Angreifer nicht seelisch zusammenbrach. Einzig allein die Arbeitsgemeinschaft schlesischen Krankenkassenverbände sprach damals zu Beginn der Hetze in einer Vertrauenskundgebung seine Sympathie aus und einzig allein die „Volkswacht" hat die Oeffentlichkeit von dieser Entschließung unterrichtet.

Nun hat — wie bereits berichtet wurde — das Gericht gesprochen. Durch einen Beschluß hat es den Verwaltungsdirektor Kirchhoff außer Verfolgung gesetzt, nachdem ganze Berge Akten vollgeschrieben und ein halbes Hundert Menschen als Zeugen vernommen worden sind. Das Gericht gelangte zu der Feststellung gekommen, daß es sich bei den gegen Kirchhoff gerichteten Verdächtigungen, er hätte die verschiedenen Kommunisse begünstigt, um einen persönlichen Racheakt handelt.

Die berufsmäßigen Verleumder verschiedenster Gattung werden diesen Gerichtsbeschluß zur Kenntnis nehmen und entsprechend der ihnen eigenen Gesinnung zu den Akten tun. Mit der Rehabilitierung eines um die schlesische Krankenversicherung anders verdienten Mannes haben sie es nicht so eilig, wie sie mit Verleumdungen und Lügen hatten, obwohl es die Anstandspflicht gebieten würde, der Oeffentlichkeit zu erklären, daß sie sich bedenkenlos auf die haltlosen Verleumdungen und bewußten Lügen gestürzt habe, nur um die „rote Mißwirtschaft in der AOK." ordentlich entlarven zu können.

Direktor Kirchhoff möge sich damit abfinden, daß ihm die Menschen, die ihn kennen, vom Beginn der Verleumdungskampagne an, das Vertrauen ausgesprochen haben und die bezahlten Ehrabschneider der verschiedenen „nationalen" Schattierungen letzten Endes als die Halunken übrig bleiben.

Geldsammlung der Breslauer Zentrale für Jugendfürsorge

Die heutige Notzeit gebietet Einsparungen in jeder nur möglichen Weise. Es ist hierbei sorgfältig zu prüfen, was erhalten werden muß, was nicht. Der Bedeutung der Erziehung und Entwicklung unserer Jugend ist man sich nunmehr bewußt geworden. Die Jugend bedeutet die Zukunft des Staates. Darum das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz mit dem Wort: „Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung". Im Drange der Sparmaßnahmen besteht die Gefahr, daß diese Erkenntnis in Vergessenheit gerät. Behörden und einzelne müssen sparen. Es ergeht hiermit an alle die dringende Bitte: „Spart nicht am falschen Ort, spart nicht an der Jugend; denn die gefährdete Jugend kann wiederum zu einer Gefahr für Staat und Gesellschaft werden, wenn die nötigen Mittel für ihre Erziehung und Betreuung nicht aufgebracht werden". Setzt diese Betreuung aus, so ist ein Teil der Jugend der Verwilderung preisgegeben, denn die Bande der Familie sind gelockert, die Arbeit als Erziehungsfaktor fehlt, Not und Entbehrung herrschen überall.

Seit fast einem Vierteljahrhundert hat die Breslauer Zentrale für Jugendfürsorge, die einen Zusammenschluß fast aller auf dem Gebiete der Jugendfürsorge tätigen Vereine aller Richtungen darstellt, die Fürsorge für gefährdete und verwahrloste Jugend übernommen. Viele hunderte gestrauchelte Jugendliche sind durch ihre Hilfe zu ordentlichen und tüchtigen Menschen geworden. Seit Einrichtung der Jugendämter sind der Breslauer Zentrale für Jugendfürsorge die Jugendgerichtshilfe, die Minderjährigengerichtshilfe und die amtlichen Schutzaufsichten übertragen worden, so daß auch heute noch Hauptaufgaben der Gefährdetenfürsorge in ihren Händen liegen.

Zur Aufrechterhaltung dieser für das Gemeinwohl wichtigen Arbeit ist die Hilfe aller Kreise für die Zentrale erforderlich. In dieser Erkenntnis hat der Herr Oberpräsident der Provinz Niederschlesien der Breslauer Zentrale für Jugendfürsorge, im Amtsgericht, Museumstraße 9, II., Postscheck-Nr. 13 576, für den Stadt- und Landkreis Breslau in der Zeit vom 1. bis 14. Februar eine Haussammlung genehmigt. Ihre Durchführung ist von vertrauenswürdigen, ihr bekannten Personen übernommen worden, die sich dankenswerter Weise ihr zur Verfügung gestellt haben. Die Sammler führen polizeilich gestempelte Ausweise mit sich. Es wird gebeten, die Spenden in ihre Listen einzuzeichnen.

Lasse niemand, der noch irgend dazu in der Lage ist, den Sammler vergeblich vorsprechen; selbst die kleinste Gabe bedeutet eine wertvolle Unterstützung des großen Werkes.

Belohnung für schnelle Feuermeldung

Die Städtische Feuerversicherungsanstalt in Breslau zahlt auch in diesem Jahre wieder Belohnungen für schnelle Feuermeldungen, wenn dadurch größeres Schadenfeuer verhütet worden ist. Ebenso sind Belohnungen für die Ermittelung von Brandstiftern ausgesetzt, wenn es gelingt, die Brandstifter der gerichtlichen Bestrafung zuzuführen. Voraussetzung hierfür ist, daß die durch den Brand beschädigten Gebäude bei der Städtischen Feuerversicherungsanstalt versichert sind. Gesuche um Belohnungen sind unter Angabe des Sachverhalts an die Städtische Feuerversicherungsanstalt in Breslau, Blücherplatz 6/7, zu richten.

Ferien für das Schuljahr 1932/33

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einer Veröffentlichung des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung im „Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen" Heft 2 vom 20. Januar dieses Jahres entnimmt, regeln sich in Schlesien die Schulferien für das Schuljahr 1932 folgendermaßen:

Provinz Niederschlesien

Ostern: Schluß des Unterrichts: Mittwoch, 23. März 1932; Beginn des Unterrichts: Donnerstag, 7. April 1932. **Pfingsten:** Schluß: Freitag, 13. Mai 1932; Beginn: Dienstag, 24. Mai 1932. **Sommer:** Schluß: Freitag, 1. Juli 1932; Beginn: Donnerstag, 4. August 1932. **Herbst:** Schluß: Freitag, 30. September 1932; Beginn: Mittwoch, 11. Oktober 1932. **Weihnacht:** Schluß: Donnerstag, 22. Dezember 1932; Beginn: Dienstag, 10. Januar 1933. Schluß des Schuljahres 1932/33: Mittwoch, 5. April 1933.

Inventur-Ausverkauf

zu Spottpreisen!

Bei diesen Preisen bezahlen Sie kaum die Stoffe!

Moderne Ulster	7.25
Paletots mit Samtkragen	14.50
Herren-Anzüge gute Qualitäten	7.75
Sportanzüge moderne Stoffe	8.75
Knaben-Stoffanzüge	2.35
Gestreifte Hosen	0.95
Knickerbocker	2.35

Bekleidungshaus

Cheimowitz

Teichstr. 27, parterre. Kein Laden.

Provinz Oberschlesien

Ostern. Schluß des Unterrichts: Mittwoch, 23. März 1932; Beginn des Unterrichts: Donnerstag, 7. April 1932. **Pfingsten:** Schluß: Freitag, 13. Mai 1932; Beginn: Dienstag, 24. Mai 1932. **Sommer:** Schluß: Freitag, 1. Juli 1932; Beginn: Donnerstag, 4. August 1932. **Herbst:** Schluß Freitag, 30. September 1932; Beginn: Mittwoch, 12. Oktober 1932. **Weihnacht:** Schluß: Freitag, 23. Dezember 1932; Beginn: Dienstag, 10. Januar 1933. Schluß des Schuljahres 1932/33: Mittwoch, 5. April 1933.

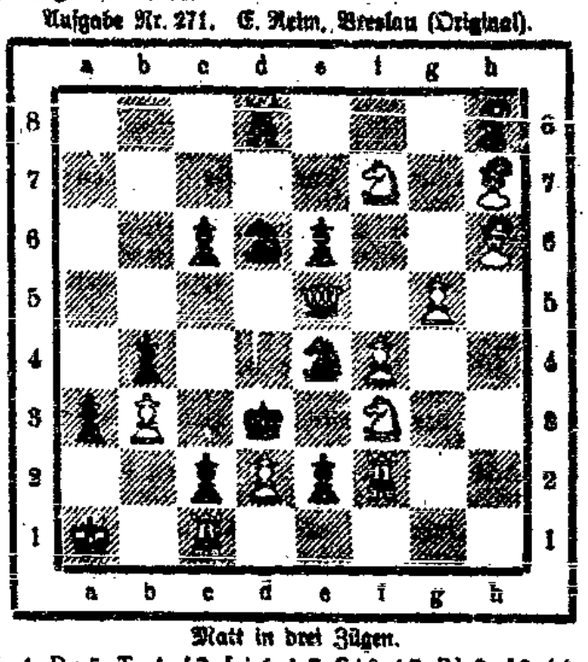
Schach

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachverein Breslau.

Zuschriften und Lösungen an: R. Rittner, Breslau 17, Pöpelwitzstr. 22

Breslau, im Februar 1932.

Aufgabe Nr. 271. E. Reim, Breslau (Original).



Matt in drei Zügen.

Weiß: Ka1, Dc5, Tc1, f2, Lh6, h7, Sf3, f7, Bb3, d2, f4, g5 (12).
Schwarz: Kd3, Td8, Lh8, Sd6, e4, Ba3, b4, c2, c6, e2, e6 (11).

Lösungen.

Aufgabe Nr. 267. 1. Sc5—b3! Dreifacher Bi-Valve. Eine Figur wird auf und eine andere zugemacht. — Richtige Lösungen fanden ein: B. Jannich, E. Knappe, O. Lorenz, K. Hellner, Fr. Lehnasch, F. Langner, E. Reim, O. Baumgarten.

Damengambit.

Gespielt am 22. 12. 31 im Gruppenturnier.

Weiß: Lorenz.	Schwarz: Gummert.		
1. d2—d4	d7—d5	9. Lc4—d3	h7—h6
2. Sg1—f3	Sg8—f6	10. h2—h4[3])	c6—c5
3. c2—c4	e7—e6	11. Sd2—e4!	h6×g5[4])
4. Lc1—g5	Lf8—e7	12. h4×g5	Sf6—d5
5. e2—e3	0—0	13. Se4×c5[4])	Dd8—a5+[4])
6. Sb1—d2[1])	Sb8—d7	14. Ke1—e2	Sd7×c5
7. Dd1—c2	d5×c4	15. Ld3—h7+	Kg8—h8
8. Lf1×c4	c7—c6	16. Lh7—g8+	Aufgegeben

Anmerkungen: 1) Um nach Ld3, d×c4 mit S×c4 zu antworten. 2) Schwarz kann der Versuchung nicht widerstehn den Läufer zu nehmen. Die offene Turmlinie entscheidet nun. 3) Hier kann auch Sd6 mit der gleichen Wirkung erfolgen. 4) Kann die Gefahr auch nicht mehr bannen. Mann prüfe die zahlreichen andern Verteidigungen, die aber alle nicht ausreichen. Für den Nachwuchs ein lehrreiches Beispiel. Anmerkungen vom Führer der weißen Steine.

Arbeiter-Sport

Handball-Serienspiele am 7. Februar

Männer-A-Klasse, Gruppe West

11,20: 2. Abt. — Fr. Schwimmer; Ostpark; Fabian.
15,20: 6. Abt. — Ohlau; Ostpark; Gahr.
10,00: Südost — 1897; Klettendorf; Schmalisch.
15,40: Stabelwitz — 1. Abt.; Stabelwitz; Fritsch G.

B-Klasse

10,00: Wratislawia — 1. Abt.; Brückenaue; Breitscheidel.
10,10: 2. Abt. — Fr. Schwimmer; Ostpark; Weinert.
15,00: Brieg — 6. Abt.; Brieg; Büttner II.

C-Klasse

10,00: Nordost — 1897; Brückenaue; Gosche, E.
10,00: 4. Abt. — Fr. Schwimmer; Lohewiese; Hünig.
14,20: 6. Abt. — Ohlau; Ostpark; Kirtzel.

D-Klasse

10,00: Marschwitz — 1925; Marschwitz; Vogt.
14,30: Stabelwitz — Deutsch-Lissa; Stabelwitz; Klose IV.

Männer-A-Klasse, Gruppe Ost

9,50: Sil. Kick. — Z. d. A., Stadion; Keusch.
10,00: 5. Abt. — 8. Abt.; Brückenaue; Gosche A.
15,30: 1925 — 9. Abt.; Brückenaue; Sänger.
15,30: 7. Abt. — Mochbern; Eichenpark; Kaluza.

B-Klasse

8,40: Sil. Kick. — 4. Abt.; Stadion; Zapke.
14,20: 1925 — 9. Abt.; Brückenaue; Späth.
14,20: 7. Abt. — Mochbern; Eichenpark; Klose I.
15,00: 8. Abt. — 5. Abt.; Helmutwiese; Strietzel.

C-Klasse

10,00: 1925 — Strehlen; Brückenaue; Erhardt K.
10,00: 1911 — 5. Abt.; Brückenaue; Loch.
13,30: 12. Abt. — Mochbern; Stadion; Girke.

Jugend-Klasse

13,30: 6 Abt. — 7. Abt.; Ostpark; Schöps.
9,30: Fr. Schwimmer — 1925; Stadion; Tschapp.
10,00: 9. Abt. — Stabelwitz; Gaibau; Klose III.
9,00: 2. Abt. — 4. Abt.; Ostpark; Tschöpe.

Wasserstand

	1. 2.	2. 2.		1. 2.	2. 2.
Ratibor	1.28	1.28	Kosel (Unter-Pegel)	2.80	2.80
Neiße (Stadt)	—0.50	0.62	Oderwitz	1.64	1.63
Neißemünde (Unt. Pegel)	1.72	1.69	Ohlauwasser bei Ohlau	25	25
Brieg (Malstenkan)	2.30	2.28	Fürstenberg vom 1. 2.	0.95	0.82
Treschen	0.14	0.13	Wassertrübe	+0.7°	

Seit 1930 ist Kaffee Hag 31% billiger!

1 Pfund Kaffee Hag kostete:		Ersparnis
Langjähriger Preis nach Goldumstellung	RM 5.00	
Februar 1930	RM 4.50	RM 0.50
Februar 1931	RM 4.05	RM 0.45
März 1931 Zollerhöhung, trotzdem keine Preiserhöhung		RM 0.35
31. Dezember 1931	RM 3.65	RM 0.40
Gesamt-Ermäßigung 31%		RM 1.85

Die bewährte Qualität ist unverändert.

Für erste Sorten coffeinhaltigen Kaffees sind Preise von über RM 4.00 keine Seltenheit. Kaffee Hag kostet nur RM 3.65 das Pfund.

Wir bemühen uns, den Kaffee Hag so billig wie möglich zu liefern. Noch billiger könnte Kaffee Hag nur dann werden, wenn der Zoll ermäßigt, oder die Bezugspreise von Übersee gesenkt würden.

Der Zoll beträgt aber noch immer auf jedes Pfund gerösteten Kaffee **RM 1.00.** Der Kaffeepreis ist schon so niedrig, daß die Plantagen, welche unsere hochwertigen Kaffees liefern, bereits mit Verlust arbeiten.

Eine 10%ige Lohnsenkung laut Notverordnung macht infolge des hohen Zolles auf den Verkaufspreis von einem Pfund Kaffee etwa 2 Pfg. aus, die Senkung der Postgebühren und Frachten ½ Pfg.

Dagegen beträgt die Mehrbelastung durch die Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2% bei 1 Pfund Kaffee 3 Pfg.

Das große Paket kostet nur RM 1.54, das kleine 77 Pfg.

Jeder Kaffeetrinker kann sich heute den guten Kaffee Hag leisten!

Das Dritte Reich in der Aerztekammer

National„sozialistische" Terrorisierung der Minderheit — Juden- und Sozialistenreine ärztliche „Standes"verwaltung

Am Sonnabend trat in Anwesenheit des Oberregierungsrats von Schroeter als Vertreter des Oberpräsidenten die neugewählte Aerztekammer für Schlesien zusammen. Diese erste Sitzung bewies zur Evidenz, wie richtig es war, daß die sozialistische Aerzteschaft bei der Kammerwahl ihre eigenen Kandidaten aufgestellt hatte, um den Faschismus auch in der ärztlichen Selbstverwaltung bekämpfen zu können. Die seltsame Koalition der liberalen Aerzte mit Stahlhelm und „arischem Aerzteverein" hat entsprechende „Erfolge" gezeitigt. Am Sonnabend wurden alle jüdischen und liberal eingestellten Mitglieder der sogenannten Einheitsliste I vollkommen aus allen Positionen der Kammerverwaltung durch die eigenen „christlichen" Koalitionsgenossen ausgeschaltet.

Die erste Tagung der neuen Aerztekammer stand ausgesprochen unter dem Zeichen nationalistisch-antisemitischer Politik und rücksichtsloser Vergewaltigung der sozialistischen und liberalen Minderheit.

Die Kammer, die sich aus 55 Mitgliedern zusammensetzt, fügte sich lautlos der Regie der sieben Nationalsozialisten und des mit ihnen eng verbündeten „christlichen" Aerztevereins, der ungefähr 60 Prozent der Kammermitglieder stellt. Auf diese Weise erhielten die Nazi-Aerzte mit ihrer Sieben-Mann-Fraktion drei Vorstandsposten, während die fünf Sozialisten leer ausgingen.

Die sozialistische Minderheit erklärte sich zu Beginn der Kammersitzung durch Genossen Dr. Korn zur loyalen Mitarbeit bereit, wenn man auch die Minderheiten bei den zu verteilenden Selbstverwaltungsämtern ihrer Stärke gemäß berücksichtige. Die oft betonte Standesgemeinschaft fiel jedoch restlos der Nazi-Offensive zum Opfer. Mehr noch wie die Sozialisten traf diese Vergewaltigung der Minderheiten die bürgerlichen jüdischen Kandidaten der Liste I. Von 13 Vorstandsmitgliedern, 4 Ehrengerichtsmitgliedern, 2 Aerztekammerausschußmitgliedern und 25 Mitgliedern von acht verschiedenen Kommissionen und insgesamt 42 Stellvertretern in diesen Institutionen, wurde nicht ein einziger Sozialist und **nicht ein einziger Arzt jüdischer Abkunft gewählt,** trotzdem die jüdischen Aerzte über 30 Prozent der gesamten Aerzteschaft ausmachen und mancher „Arier" nun drei bis vier Posten bekleidet. Selbstverständlich wird man aber von den jüdischen Aerzten weiterhin die erheblichen Beitragsleistungen zur Kammer verlangen. Die sozialistische Aerztefraktion hatte diese Entwicklung allerdings vorausgesehen.

Man ging in der Sitzung am Sonnabend sogar soweit, den Alterspräsidenten der Aerztekammer, den in Breslauer Aerztekreisen hochgeschätzten Sanitätsrat Werther, der gleichzeitig Vorsitzender des Breslauer kassenärztlichen Vereins ist, aus sämtlichen Aemtern hinauszuwählen und seine wichtige Mitarbeit in den ärztlichen Versorgungseinrichtungen, die zum Teil seiner eigenen Initiative entsprungen sind, durch die Mitarbeit eines jüngeren national„sozialistischen" Herrn zu ersetzen. Sanitätsrat Werther **legte darauf sein Amt als Kammermitglied nieder** und verließ ostentativ den Saal. Er erntet leider auch die Früchte seiner eigenen Politik, die politisch immer auf ein Paktieren mit der Reaktion hinauslief. Jetzt aber hat der Mohr seine Schuldigkeit getan; er konnte gehen.

Zu Beginn der Sitzung gab die sozialistische Fraktion die angeführte Erklärung durch Genossen Dr. Korn ab, in der für die Wahlen Gerechtigkeit und Berücksichtigung der Minderheiten gefordert wurde. Als die Sozialisten jedoch sahen, daß die Mehrheit sie rücksichtslos vergewaltigte (für ihre Kandidaten wurden durchschnittlich 9—15 Stimmen abgegeben) zogen Sie bei der fünften Abstimmung ihre weiteren Kandidaten zurück und verließen während der weiteren Abstimmungen demonstrativ den Saal.

Nach der Wahl des Ehrengerichtes, das für die Minderheiten besonders bedeutungsvoll ist, gab Genosse Dr. Korn namens der Sozialisten die Erklärung ab, daß sie diesem ganz einseitig eingestellten Ehrengericht gegenüber das größte Mißtrauen hegten und es niemals als ihr Ehrengericht anerkennen könnten.

Diese Erklärung wurde natürlich lebhaft gerügt; man meinte naiv, die Politik hätte in der Kammer doch nichts zu sagen. Ein sozialistischer Antrag, die Ehrengerichtssitzungen sämtlichen Kammermitgliedern mitzuteilen, um ihnen die Teilnahme zu ermöglichen, wurde zuständigkeitshalber dem Vorsitzenden des Ehrengerichts zur weiteren Bearbeitung überwiesen. **Das Ehrengericht** besteht nunmehr aus zwei Nazi-Aerzten, zwei „Christen" und einem als rechtsorientiert bekannten Amtsgerichtsrat.

Die wichtige **Etatberatung** hatte man ganz an den Schluß der umfangreichen Tagesordnung gestellt. Sie wurde auf sozialistische Anregung hin jedoch drei Punkte vorgezogen. Sonst wäre sie wohl aus Mangel an Zeit in ein paar Minuten abgehetzt worden. In gründlichen Ausführungen, die auf die Kammer eine direkt beklemmende Wirkung ausübten, wiesen Genosse Stadtmedizinalrat Rodewald-Waldenburg und Genosse Dr. Kleemann auf die zahlreichen Unklarheiten und Mängel des Etats hin. Sie geißelten es direkt als ungeheuerlich, daß zum Ausgleich des Verwaltungskostendefizits in dieser Notzeit **die Beiträge noch erhöht werden** sollen und forderten Ausgleich durch Herabsetzung einzelner Positionen, nachdem sie auch die Rechnungsprüfung bemängelt und zahlreiche Aufklärungen verlangt hatten, auf die der Vorstand zum Teil die Antwort schuldig bleiben mußte, da die früheren Sachbearbeiter nicht anwesend bzw. ausgeschieden waren. Beanstandet wurde u. a. auch, daß bei einer Nachprüfung durch einen Wirtschaftsprüfer die Belege nicht nachgeprüft worden waren. Der Ausgleich des Etats durch Herabsetzung einzelner Positionen wurde **gegen** die sozialistischen Stimmen **abgelehnt.** Zwei weitere sozialistische Anträge forderten Herabsetzung der Kammerbeiträge um 20 Prozent und Ausgleich dieser Etatsposition durch grundlegende Aenderung des überhöhten Diätenwesens. — Die Diäten sollten in Zukunft in Fortfall kommen und lediglich die Reisekosten dritter Klasse, die deren Vertreterersatzen und ein bescheidenes Zehr- und eventuell Uebernachtungsgeld gewährt werden, bei den ortsansässigen Kammermitgliedern sollte auch dies in Fortfall kommen.

Diese Anträge, die zu einer großen finanziellen Entlastung der Kammer und damit auch der Gesamtheit geführt hätten, wurden von der „nationalen" Mehrheit abgelehnt.

Der rassereine „alte preußische Geiz" macht vor dem Portemonnaie halt und die Diäten werden lediglich vermindert, die Reisekosten zweiter Klasse aber gegen lebhaften Protest der Sozialisten beibehalten.

Ueber weitere sozialistische Anträge konnte nicht mehr verhandelt werden, da Genosse Dr. Kleemann die Beschlußunfähigkeit des Hauses bezweifelte und daraufhin die Auszählung tatsächlich Beschlußunfähigkeit ergab. Die Kammersitzung mußte so geschlossen werden, ohne die Tagesordnung vollständig erledigt zu haben.

* * *

Selbstverständlich wird noch dieser Sitzung, bei der übrigens der Vertreter des Oberpräsidenten, Herr von Schiller, lebhaft bemüht war, der Mehrheit Hilfsdienste zu leisten, die sozialistische Fraktion und vielleicht nicht nur sie in schärfster Opposition zu der neuen rassereinen Kammerverwaltung stehen. Die liberalen Aerzte aber, an deren Scheinheiligkeit Hitler eine gemeinsame Liste mit den Sozialisten scheiterte, werden aus diesen Vorgängen die Lehre ziehen können, daß die unparteiliche Fortschrittsgesinnung keinen Raum mehr hat, in einer Zeit, in der die Verschärfung der Klassengegensätze sich in der allgemeinen Politisierung aller Vertretungskörperschaften auswirkt.

Entweder ist man gegen Rückschritt, Mittelalter in den medizinischen Grundauffassungen und Nazitum, dann gibt es nur einen Weg, den Weg gemeinsam mit dem von der organisierten Arbeiterschaft getragenen sozialistischen Gedanken, oder aber man wird vom Faschismus an die Wand gedrückt. In der Kammer selbst wird ja die Opposition der Sozialisten einigen Zuzug jener Aerzte finden, die man als Konzessionsschulzen auf die geschickt getarnte Einheitsliste zuließ, aber jetzt unter faschistisches Kommando zu stellen versuchte.

Drama auf dem Eise

Vier Personen unter der Eisdecke ertrunken

Auf dem dünnen Eis des Bobers brach in der Nähe von Bolkenhain die Arbeiterfrau Anna Lange mit drei Kindern ein und ertrank. Frau Lange unternahm auf dem Rodelschlitten eine Fahrt auf dem Eis. Vor ihr saß ihr vierjähriger Sohn Werner, vor diesem die vierjährige Ursula Jänsch einer befreundeten Familie und ganz vorne die 6jährige Erika Jänsch. Der 12jährige Sohn Willi der Frau Lange fuhr auf Schlittschuhen hinter dem Schlitten her. Unter einer Eisenbahnbrücke, wo der Fluß besonders tief ist und schon Wasser auf der nur 6 bis 7 cm starken Eisdecke stand, brach das Eis plötzlich und der Schlitten versank in den Fluten. Da sich der Schlitten schräg nach oben stellte, gelang es der oben sitzenden Erika Jänsch sich am Eis anzuklammern und auf die Decke zu klettern. Frau Lange verschwand mit den beiden andern Kindern unter der Eisdecke. Der hinterherfahrende Junge wollte vom Rande aus ins Wasser fassen und Hilfe bringen, brach aber ebenfalls ein und ertrank. Erika Jänsch holte rasch ihre Eltern und Nachbarn. Bei den Rettungsarbeiten brachen auch Frau Jänsch und ein Nachbar ein und konnten nur mit Mühe gerettet werden. Frau Lange und die drei Kinder wurden tot geborgen. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

Der Kreistag muß sprechen

SPD.-Fraktion verlangt Einberufung des Kreistages Breslau

Die sozialdemokratische Fraktion des Breslauer Kreistages beschäftigte sich gestern abend in einer außerordentlichen Sitzung mit der Finanzlage des Kreises und den bisher ergriffenen Sparmaßnahmen, insbesondere mit den neuerdings gekürzten Richtsätzen für die Wohlfahrtserwerbslosen. Die Fraktion beschloß nach mehrstündiger, eingehender Beratung, die Einberufung eines

außerordentlichen Kreistages

zur Beratung und Beschlußfassung über die finanziellen Probleme des Kreises zu beantragen.

Es braucht an dieser Stelle kaum betont werden, daß die Beratungen der Fraktion die maßlose Erregung der erwerbslosen Arbeiterschaft im Landkreis Breslau lebhaft widerspiegelten, wobei besonders zum Ausdruck kam, wie sehr im Landkreise die Formulierung des landrätlichen Kommentars zu der Herabsetzung der Richtsätze als Beleidigung der Gesamtheit der durch die Anarchie des kapitalistischen Wirtschaftssystems und nicht etwa durch Arbeitsunwilligkeit freigesetzten jungen Arbeiter empfunden wurde. Die Einberufung eines außerordentlichen Kreistages soll nicht etwa, wie es den Sozialdemokraten so gerne unterstellt wird, dem Agitationsbedürfnis dienen, sondern die Möglichkeit erschließen, **die gesamte Finanzlage des Kreises zu überprüfen** und in voller Oeffentlichkeit die Frage aufzuwerfen, ob denn überhaupt die Herabsetzung der — für den Einzelnen sehr wesentlichen — Richtsätze eine fühlbare Entlastung der Kreisfinanzen zu ergeben vermag, und ob nicht etwa andere, näher liegende Sparmöglichkeiten erschließbar sind. Der Landrat wird sich dann vielleicht auch dazu bequemen müssen, anzuerkennen, daß er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Kreisausschusses keine diktatorischen Vollmachten besitzt, sondern in erster Linie ausführendes Organ der frei gewählten Selbstverwaltung ist.

Lebhaft wurde in der Fraktion — deren Sitzung sich über fünf Stunden ausdehnte — auch darüber diskutiert, daß der Landrat seinen Erlaß, der nicht vom Kreisausschuß gebilligt worden war, nicht nur im Kreisblatt veröffentlichte, sondern wie bei einer berühmten Ministerrede (**worüber allerdings in demokratisch verwalteten Staaten die Parlamente zu beschließen pflegen**), dessen Anhang im Gemeindekasten allen kreisangehörigen Gemeinden in der Form eines besonderen Druckblattes anordnete. Die sozialdemokratische Fraktion, die seit der Revolution stets verantwortungsbewußt im Landkreise gewirkt hat, aber über ihre Aufgabe die Arbeiterinteressen in allererster Linie zu vertreten nie Zweifel hat aufkommen lassen, erblickt in diesem Ukas nicht nur eine überaus unglückliche Begründung einer von dem Verfasser vielleicht für erforderlich gehaltenen Maßnahme, **sondern das Bekenntnis zu einer grundsätzlichen Auffassung, wie sie in keinem Scharfmacherblatt des deutschen Unternehmertums unzweideutiger zum Ausdruck kommen kann.** Nicht zu Unrecht ist die Presse der äußersten Rechten von diesem Erlaß begeistert; gestattet er doch zu verdecken, daß neben den tanzenden, rauchenden, laufenden Wohlfahrtserwerbslosen auch im Landkreise immer noch **recht begüterte Herrschaften wohnen,** deren Besteuerung zu Gunsten wichtiger öffentlicher Aufgaben unter dem Druck der Aufsichtsbehörde mitunter sehr erschwert wird. Auch dem Landrat wird es, muß es bekannt sein, daß es Betriebsdirektoren im Landkreise gibt, die mehr persönliche Einnahmen haben, als einige hundert ihrer Arbeiter, daß durchaus nicht alle Güter steuerunfähig sind, daß viel sehr viel Geld vor garnicht langer Zeit in Betriebe sehr fragwürdiger wirtschaftlicher Tragfähigkeit in[vestiert] wurde und er wird einschließlich der bürgerlichen Kre[is]mehrheit zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Wohl[fahrts]erwerbslosen dasselbe Recht haben, nicht psychisch und m[oralisch] zugrunde gehen zu müssen, das die Großgrundbesitzer mit [unbeweg]licher Selbstverständlichkeit für ihre oftmals verbrecherisch geleiteten Betriebe stets und ständig in Anspruch nehmen.

* * *

Ein ganz besonderes Echo hat übrigens die landrätlich[e Ver]fügung in Wirrwitz gehabt. Dort hat Herr Vogt an der [Ge]kanzlei den Ausschnitt aus dem Kreisblatt befestigen lass[en] mit folgendem, höchst eigenhändig verfertigten Kom[mentar] versehen:

Achtung!

Die von uns schon lange vorausgesehene Pleite des jetzigen [...] wird wohl nunmehr auch dem größten Idioten klar werden..

Es gehört schon die Idiotie eines Gutsinspektors da[zu,] in dieser Weise seiner selbst zu spotten. Oder ist Herr Vog[t] plötzlich für die Unterstützung der Erwerbslosen.

Wohlfahrtsunterstützungsempfänger des Landkreises Breslau

Am Mittwoch, den 3. Februar, vormittags 10 Uhr, findet im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses eine sehr

wichtige Versammlung

der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger des Landkreises Breslau statt. Es wird ersucht, daß die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger alle in Frage kommenden Berechtigten von dieser Versammlung informieren und mitbringen. Es ist eine sehr wichtige Tagesordnung zu erledigen.

Zutritt haben nur Wohlfahrtsunterstützungsempfänger des Landkreises Breslau.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Breslau-Land — Neumarkt — Nimptsch

Zusammenstoß beim Maske[nball]

Wirt erschießt einen ungebetenen Gast

In Borkwitz, Kreis Falkenberg, fand am Sonntag [im Gast]haus Wittok ein Maskenball statt. Eine Anzahl junger [Leute] aus Nachbardörfern drang dabei ohne Bezahlung ein und [es en]stand Streit. Sie wurden aus dem Saal hinausgedrän[gt, wo]der Wirt von ihnen schwer mißhandelt wurde. Die [...] lärmten auf der Straße weiter und wollten das Gasthaus [...] Daraufhin gab der Wirt nach einer Darstellung des W[...] Landesdienst zunächst zwei Schreckschüsse, darauf einen [...] Schuß ab, durch den der 16jährige Gerhard Schaer getötet [wurde]. Der Brieger Oberstaatsanwalt nahm mit der Landjäger[wache] in der Nacht die näheren Ermittlungen vor. Sieben Te[ilnehmer] an der Zusammenrottung wurden festgenommen.

Bunzlau. Kampf um die weltliche Schu[le.] Auf einer Versammlung aller Arbeiterorganisationen, einl[...] der Kommunisten, wurde hier folgende Entschließung ge[gen den] geplanten Abbau der weltlichen Sammelklassen ange[nommen]: Die von den vereinigten Arbeiterorganisationen Bunzla[us] berufene, stark besuchte Versammlung erhebt schärfsten [Protest] gegen die Vergewaltigung des Elternrechts der Arbeiterscha[ft durch] die geplante Auflösung der Sammelklassen. Wir warnen i[n letzter] Stunde den Magistrat, einen Kulturkampf heraufzubeschw[ören, wie]der von uns in einmütiger Front mit allen Mitteln [bis zum] äußersten geführt wird. Wir erwarten vom Magistrat, [daß er] sich für die Sicherung des Schulfriedens durch Anerkennung [unserer] Forderung einsetzen wird.

Görlitz. Das Elend mordet. In der Wohnu[ng des] 74 Jahre alten Kleinrentners Matthes in der Jauernigker [Straße] erfolgte Montag früh eine Gasexplosion. Von Hausbe[wohnern] wurde die Feuerwehr herbeigerufen. Als diese in die W[ohnung] des Matthes eindrang, fand sie M. als Leiche vor. Nach [den bis]herigen Feststellungen liegt offensichtlich Freitod durc[h Gas]vergiftung vor. Die ausströmenden Gase hatten sich aus [...] unbekannter Ursache entzündet. Wirtschaftliche Sorgen [haben] den alten Mann in den Tod getrieben haben.

Arnsdorf. Wiedergefaßt. Bei einer Revision a[m] Bahnhof nahm ein Landjäger nachts den Arbeiter Ernst [...] Liegnitz, der vier frisch gewilderte Fasanen bei sich hat[te]. Als sein Helfer, der auch das Motorrad zur Verfügung [...] hatte, wurde ein gewisser Willi M. ermittelt.

Blasdorf, Kr. Landeshut. Baumstamm im Zi[mmer.] Beim Abtransport von Langholz in Blasdorf rutschte an [einem] Abhang ein Stamm ab und glitt mit ziemlicher Geschwi[ndigkeit] auf das der Witwe Deuse gehörige Haus zu. Der Baum durchbohrte die Rückwand des Hauses und landete zur H[...] der Stube. Glücklicherweise kamen die Bewohner ohne S[chaden] davon.

Bunzlau. Kampf um die weltliche Schu[le.] Auf einer Versammlung aller Arbeiterorganisationen, einl[...] der Kommunisten, wurde hier folgende Entschließung ge[gen den] geplanten Abbau der weltlichen Sammelklassen ange[nommen]: Die von den vereinigten Arbeiterorganisationen Bunzla[us] berufene, stark besuchte Versammlung erhebt schärfsten [Protest] gegen die Vergewaltigung des Elternrechts der Arbeiterscha[ft durch] die geplante Auflösung der Sammelklassen. Wir warnen i[n letzter] Stunde den Magistrat, einen Kulturkampf heraufzubeschw[ören, wie]der von uns in einmütiger Front mit allen Mitteln [bis zum] äußersten geführt wird. Wir erwarten vom Magistrat, [daß er] sich für die Sicherung des Schulfriedens durch Anerkennung [unserer] Forderung einsetzen wird.

Görlitz. Das Elend mordet. In der Wohnu[ng des] 74 Jahre alten Kleinrentners Matthes in der Jauernigker [Straße] erfolgte Montag früh eine Gasexplosion. Von Hausbe[wohnern] wurde die Feuerwehr herbeigerufen. Als diese in die W[ohnung] des Matthes eindrang, fand sie M. als Leiche vor. Nach [den bis]herigen Feststellungen liegt offensichtlich Freitod durc[h Gas]vergiftung vor. Die ausströmenden Gase hatten sich aus [...] unbekannter Ursache entzündet. Wirtschaftliche Sorgen [haben] den alten Mann in den Tod getrieben haben.

Arnsdorf. Wiedergefaßt. Bei einer Revision a[m] Bahnhof nahm ein Landjäger nachts den Arbeiter Ernst [...] Liegnitz, der vier frisch gewilderte Fasanen bei sich hat[te]. Als sein Helfer, der auch das Motorrad zur Verfügung [...] hatte, wurde ein gewisser Willi M. ermittelt.

Blasdorf, Kr. Landeshut. Baumstamm im Zi[mmer.] Beim Abtransport von Langholz in Blasdorf rutschte an [einem] Abhang ein Stamm ab und glitt mit ziemlicher Geschwi[ndigkeit] auf das der Witwe Deuse gehörige Haus zu. Der Baum durchbohrte die Rückwand des Hauses und landete zur H[...] der Stube. Glücklicherweise kamen die Bewohner ohne S[chaden] davon.

Treschen. Ein Paletot vertauscht. Am Sonn[tag,] dem 31. Januar, ist beim Maskenball im Lokal Wall[stein] ein neuer schwarzer Paletot vertauscht worden. Es wird ge[beten,] den zurückgelassenen Paletot gegen Rückgabe des vertauschte[n] Lokal Wallstein abzuholen.

Protsch-Weide. Aus der Partei. Am 29. Januar [fand] hier unsere Generalversammlung statt. Es wurde einst[immig] der alte Vorstand wiedergewählt, bis auf Genossen Karl H[...] der sein Amt als zweiter Vorsitzender niederlegte. An seine [Stelle] wurde Genosse Fritz Buchmann einstimmig gewählt. [Es] sprach Genosse Schiffer über die wirtschaftliche Lage und die [Not]wendigkeit, die Arbeiterorganisationen in der Eisernen [Front] gegen den Faschismus zusammenzufassen.

Neumarkt. Im Gerichtsgefängnis versuchte si[ch der] Kraftwagenführer Ewald H. aus Hausdorf bei Bolkenhain [zu er]hängen. Er wurde abgeschnitten und konnte wieder ins [Leben] zurückgerufen werden.

Sozialdemokratische Par[tei]

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer [...]
Telephon 59060, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9—13 u. 16—[...]

Schottwitz. Am Mittwoch, den 3. Februar setzen wir u[nsere] Bildungsveranstaltungen um 19½ Uhr in der evangelischen S[chule] fort. Genosse Professor Dr. Marck spricht über das Th[ema] „Nationalsozialismus und Sozialismus". Wir erwarten [einen] Besuch.

Schottwitz. Donnerstag, den 4. Februar, spricht Ge[nosse] Hegelschneider im Rahmen des Bildungskursus über [das] Thema: „Die Jugend und die Partei". Anfang 19 Uhr i[n der] evangelischen Schule.

Klettendorf. Mittwoch, den 3. Februar bei Ehrenberg M[itg]liederversammlung um 19 Uhr. Redner: Ge[nosse] Alexander, Breslau.

Groß-Mochbern. Mittwoch, den 3. Februar bei Gu[...] 20 Uhr Mitgliederversammlung. Redner: Ge[nosse] Lachs, Breslau.

Neusline. Mittwoch, den 3. Februar um 19 Uhr Gene[ral]versammlung. Genosse Schiffer ist anwesend. Niemand [darf] fehlen.

Gocrau. Unsere Frauen-Versammlung kann [heute] abend nicht stattfinden. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Schmolz. Unsere Mitgliederversammlung [findet] nicht Mitt, sondern eine Woche später statt.

Klein-Gägwitz. Dienstag, pünktlich 17 Uhr, Fi[...]veranstaltung im Lokal Wallstein.

Breslau. Sozialistische Arbeiter-Jugend. [Ge]nosse Schneider spricht über die Entwicklung des Telef[ons.] Sonntag, den 7. Februar, von 10—21 Uhr: Tanzabend.

Reißt die Grenzpfähle aus!

Ein begrüßenswerter Vertrag zwischen dem deutschen und polnischen Rundfunk

Nichts zeigt den Irrsinn der Grenzpfähle krasser als das nder des Radio, da Wellen keine Landesgrenzen kennen. Die hnit des Radio verdanken wir der Zusammenarbeit der Ge- rten, Techniker und Bastler vieler Länder. Die Radioleute, e eigentlich erst in der Nachkriegszeit entstandene neue Zunft, deshalb im allgemeinen erfreulich frei von chauvinistischen wandlungen.

Auch den deutschen Rundfunkleitungen darf man Lob spenden r, daß sie z. B. durch den Programmaustausch mit anderen ndern dem Gedanken der Völkerverständigung dienen. Auf em Gebiete kann natürlich viel, viel mehr Positives geschehen. chlig ist gleichzeitig aber auch, daß die Rundfunkgesellschaften r Länder sich über manche andere Dinge verständigen, auch n gewisse Kreise in ihren Ländern jede Verständigung mit der eren Seite sabotieren möchten, oder gar als Beeinträchtigung eigenen nationalen „Würde" hinstellen.

Mit besonderer Befriedigung haben wir deshalb von einem trage Kenntnis genommen, der zwischen dem deutschen d dem polnischen Rundfunk am 31. März 1931 ab- hlossen wurde. Daß wir ihn erst jetzt durch eine Pariser chmaschinen-Zeitschrift kennlernen und daß einige zuständige llen des deutschen Rundfunks auf Anfrage erklärten, noch s von dem Vertrage zu wissen, mindert zwar unsere Freude, l daraus der Anschein entstehen könnte, als hätten sich die tragschließenden Teile zur Veröffentlichung im eigenen Lande t recht getraut, um nicht Hitlers oder Pilsudskis Mißfallen zu gen. Jedenfalls ist der Vertrag, dessen Wortlaut nach der übersetzung aus dem Französischen wir hier anfügen, ein es Zeichen der Einsicht, und wir hoffen nicht nur, daß er beider- ig erfüllt wird, sondern auch recht bald in der gesamten Rund- internationale — und nicht nur auf diesem Gebiet — Nach- ung finden möge!

Die deutsche Reichs-Rundfunk-Gesellschaft und Polskie Radjo en am 31. März den folgenden Vertrag geschlossen:

Die beiden Vertragspartner verpflichten sich, in Zukunft s zu tun, um in ihren Rundfunksendungen politischen, reli- en, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und künstlerischen In- tes jegliche Verletzung des Geistes der Zusammenarbeit und des en Einvernehmens zu vermeiden, der notwendig ist, damit Rundfunk seine Aufgaben auf dem Gebiet der internationalen näherung erfüllen kann.

Die Vertragspartner behalten sich das Recht vor, eine ge- e positive Propaganda zugunsten ihrer nationalen Bestrebungen den verschiedenen Gebieten zu betreiben, unter der Ver- chtung, daß diese Veranstaltungen die nationalen Gefühle der er des anderen Staates in keiner Weise verletzen.

Jeder der Vertragspartner verpflichtet sich, besonders auf- ksam diejenigen Sendungen zu überwachen, die in der Sprache anderen Vertragspartners gesandt werden, damit sie den n festgelegten Prinzipien absolut entsprechen.

Die Vertragspartner verpflichten sich, die Durchführung es Vertrages nicht nur bei ihren eignen, sondern auch bei en Sendungen zu beachten, die durch Dritte organisiert den.

Rasches Verfahren gegen Devisenschieber

Amtlich wird mitgeteilt: „Wegen Vergehens gegen die verordnung über die Devisenbewirtschaftung sind beiden Direktoren der Lörracher Kreis-Hypo- kenbank am 27. Januar festgenommen und sofort dem nellrichter zugeführt worden, der die beiden Angeklagten Schnellverfahren zu je drei Monaten Gefängnis je 200 Mark Geldstrafe verurteilte. Da die beiden Direktoren Urteil nicht annahmen, wurden sie wegen Ver- nkelungsgefahr in Untersuchungshaft ge- mmen. Das Vergehen bestand darin, daß die Kreis-Hypo- kenbank Lörrach bzw. die beiden Direktoren eine langfristige ländische Forderung nach Inkrafttreten des ersten Stillhalte- ommens als kurzfristig behandelten und entgegen den geltenden zlichen Bestimmungen Rückzahlungen darauf vornahmen. Die le, in denen Verurteilungen wegen Zuwiderhandlungen gegen Devisenvorschriften erfolgen, mehren sich. Es wird daher nders darauf hingewiesen, daß alle Zahlungen an Aus- der, auch Barzahlungen im Inlande, soweit sie über die Frei- nze von 200 Mk. in einem Monat hinausgehen, genehmigungs- chtig sind. Gerade diese Vorschrift wird, wie Beobachtungen ben haben, von weiten Kreisen des Publikums, auch der ufmannschaft offenbar nicht genügend beachtet."

Hoffmanns Malereien

Am Montag kam es im Berliner Sklarekprozeß wieder zu ammenstößen zwischen den Brüdern Sklarek und dem an- klagten Stadtbankdirektor Hoffmann. Hoffmann ählte, daß er sich für die Sklarek'schen Einladungen stets anchiert habe. Er habe den Sklareks z. B. zwei selbstgemalte lder geschenkt, außerdem für die Sklarek'schen Kinder Spiel- en im Werte von 265 Mark gekauft. Willi Sklarek antwortete: enn ich ehrlich sein soll, es hat sich keiner revanchiert. sind doch Tausende und Abertausende, ganz unermeßliche Un- men ausgegeben worden. Da konnte sich doch überhaupt nie- nd revanchieren". Leo Sklarek fügt hinzu, daß Hoffmann mer sehr gern gut gegessen und gut getrunken te. Darauf meinte Hoffmann, daß er Sekt gar nicht gern nke; ferner habe Leo Sklarek bei ihm auch Sekt, die Flasche 50 Mark, getrunken und außerdem sehr gute Zigarren ge- cht; schließlich sei es nicht nett, jemand hinterher das Menu zuhalten. Auch Hoffmanns Verteidiger bemühte sich, die An- ndigkeit seines Mandanten zu beweisen: „Hoffmann ist immer bescheidener Mensch gewesen. Er trägt jetzt noch Papier- gen, das Stück für 25 Reichspfennig." Darauf Leo larek: „Wer Papierkragen trägt, kann kein Stadtbank- ektor sein". Hoffmann: „Der Bankdirektor sitzt nicht im pierkragen, sondern im Kopf." (Stürmische Heiterkeit).

Kaffeehausbrand im Haag

Drei Menschen verbrannt

Einem Großfeuer, das in einem Café im Haag ausbrach, en gestern Nacht drei Menschen, darunter ein deutsches Dienst- chen, die 18jährige Helene Kottmann, zum Opfer. Das uer hatte sich so schnell ausgedehnt, daß die Ehefrau des Kaffee- besitzers, der Hausdiener und das Dienstmädchen, die im ten Stockwerk schliefen, von den Flammen im Bett überrascht rden. Als es der Feuerwehr endlich gelang, in das oberste ckwerk einzudringen, fand sie nur noch die verkohlten Leichen . Die Ursache des Brandes ist bisher unbekannt.

Die Schultheißdirektoren vor Gericht

Vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin wurde am Montag die Verhandlung gegen die Generaldirektoren der Schultheiß-Patzenhofer A.-G. fortgesetzt.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Grüneberg ging noch einmal auf die Frage der Konsortialverträge ein. Er will wissen, wann und in welchem Umfang Katzenellenbogen den Aufsichtsratsvorsitzenden, Generaldirektor Dr. Snobernheim, über den Inhalt der Verträge unterrichtet hatte. Katzenellenbogen wiederholt in sehr bestimmter Form, daß er Sobernheim nicht nur orientiert, sondern ihm auch zumindest die Grundzüge der Verträge mitgeteilt habe. Generaldirektor Sobernheim, hierüber befragt, gab wiederum eine sehr gewundene Auskunft, stellte die Möglichkeit eines „Mißverständnisses" nicht in Abrede, will jedoch von Einzelheiten nichts gewußt haben. Dann wird ein als vorläufiges Gutachten gekennzeichnetes Schriftstück des Sachverständigen Professor Prion, Gegenstand der Verhandlung, in dem auf die Möglichkeit hingewiesen wird, daß Katzenellenbogen gleichsam mit einer „Zwickmühle" gearbeitet habe, um bei vorteilhaftem Ausgang der Geschäfte den sich ergebenden Gewinn auf sein persönliches Guthaben buchen zu lassen. Katzenellenbogen erklärt diese Vermutung für abwegig.

Eingehend wird darauf hin der sogenannte Nutria-Komplex erörtert. Die Nutria ist eine Gesellschaft holländischen Rechts, die die Ostwerke kauften, um ihren Besitz im besetzten Gebiet vor fremden Zugriffen zu sichern. Wenigstens erläutert Katzenellenbogen dahingehend ihre Aufgabe. Die Aktien der Gesellschaft lagerten bei der eidgenössischen Bank in Zürich. Katzenellenbogens Interesse an dieser Gesellschaft ging, wie er aussagt, in zwei Richtungen, erstens wie die Effekten zu Buch standen, zweitens, welche Dividenden von den einzelnen Gesellschaften zu erwarten waren. Die Anklage beanstandet nun, daß ein Kredit in Höhe von vielen Millionen — man nimmt an, erheblich über 10 Millionen-Mark — in der Bilanz der Nutria als Bankguthaben und nicht als Konzern-Forderung geführt wurde. Katzenellenbogen erklärt hierzu, daß er diese Frage für durchaus unbedeutend gehalten habe. Er habe sich seinerzeit an fachmännischer Stelle erkundigt, ob man diese Posten als Bankguthaben deklarieren solle. Es hätten sich keinerlei Bedenken erhoben: „Ich wußte, daß wir 45 Millionen Mark stille Reserven und an 100 Millionen Effektenbestand hatten. Deshalb erschien diese Summe als unerheblich. Ich war der Ueberzeugung, daß wir jederzeit in der Lage wären, aus liquiden Mitteln die in der Bilanz angegebenen Summen herbeizuschaffen. Ein anderer Gedanke ist mir gar nicht gekommen. Wenn ich krumme Wege hätte gehen wollen, so wäre ich sicherlich anders vorgegangen. Man hätte ein durchaus einwandfreies Geschäft daraus machen und aus der Nutria, deren Aufgabe es war, für uns Effekten aufzukaufen, ein Bankgeschäft machen können. Uebrigens wäre es sicher von erheblicher Wirkung auf den Kurs gewesen, wenn wir z. B. die 45 Millionen stiller Reserven der Oeffentlichkeit bekanntgegeben hätten." Vorsitzender: „Woher erhielt die Nutria das Geld zum Aktienankauf?" — „Von den Ostwerken." Oberstaatsanwalt: „Das im Besitze der Nutria befindliche Aktienpaket war doch nur 14 Millionen groß, wohingegen Ihre Forderungen an die Nutria in Höhe von 26 Millionen angegeben wurden? Fiel Ihnen das eigentlich nicht auf?" — „Buchtechnisches, Herr Oberstaatsanwalt, war niemals meine Aufgabe. Ich sagte schon, daß ich mich darum prinzipiell nicht gekümmert habe. Ich war der oberste Leiter der Konzernfinanzen. Schulden innerhalb des Konzerns waren für mich völlig uninteressant. Für mich waren die Verbindlichkeiten des gesamten Konzerns nach außen von Belang." Ein Verteidiger stellt die Frage, ob mit der Buchung der Anschein höherer Liquidität erweckt werden sollte. Katzenellenbogen antwortet: „Mir erscheint das Gegenteil wahrscheinlich."

Der Vorsitzende erwähnt dann die im Geschäftsbericht für 1931 enthaltene Kritik eines Aktionärs, der beklagt hatte, daß Schulden und Guthaben nicht ausgeglichen waren, sondern einander gegenüberstanden. Katzenellenbogen: „Es handelte sich hier um eine Anfrage eines Aktionärs hinsichtlich eines Kredites von 500 000 Pfund, den wir zu besonders günstigen Bedingungen aufgenommen hatten. Wir hätten ihn sicher zurückzahlen können, dachten jedoch gar nicht daran. Er war ein durchaus gutes Geschäft für uns." Generaldirektor Sobernheim will wieder nichts Genaues wissen. Er hat sich weder um die Bilanz noch um die Geschäftsführung der Ostwerke gekümmert — so sagt er wenigstens —, auch die Finanzierung sei nicht seine Sache gewesen. Zum Vorhalt der Anklage, die feststellt, daß er als Vorsitzender der Ostwerke über Einzelguthaben der Bilanz Bescheid hätte wissen müssen, antwortet der angeklagte Generaldirektor: „Ich war in fünf Gesellschaften Aufsichtsrat. Wer kann denn da nach Einzelheiten fragen."

Im letzten Teil der Montagverhandlung kommt noch der Nordhefe- und der Bürgschaftskomplex zur Erörterung. Bestimmter steuerlicher Vorteile wegen hat man eine sogenannte Holding-Gesellschaft gebildet. Da aber diesen Holding-Gesellschaften in ihrer geschäftlichen Tätigkeit gewisse Grenzen gesetzt sind, wurde zur Ergänzung der Nordhefe eine Finanzabteilung angegliedert, die jedoch nicht in den Bilanzen der Ostwerke erschien. Die Anklage ist der Ansicht, daß die Geschäfte dieser Finanzabteilung ein Risiko für die Aktionäre dargestellt hätten. Katzenellenbogen führt aus, daß er das Nichterscheinen der Finanzabteilung in der Bilanz als „durchaus ordnungsmäßig" empfunden habe.

Der „Bürgschaftskomplex", den eines Tages Herr von Millionen-„Auftragskredit", den eines Tages Herr von Stauß (Deutsche Bank) dem Angeklagten Katzenellenbogen mit der Bemerkung anbot, „ob er nicht Geld brauche". Katzenellenbogen nahm den Kredit zur Erweiterung der Nordhefe. Als dieser Kredit später verlängert werden sollte, verlangte Stauß eine Bürgschaft der Ostwerke, die Katzenellenbogen, wie er angibt, verweigert hat. Allerdings habe ihn die Deutsche Bank nicht darauf aufmerksam gemacht, daß in dem Kreditauftrag bereits eine Bürgschaft enthalten gewesen sei. Diese Bürgschaft ist nicht in der Bilanz erschienen. Für etwaige Verluste der Finanzabteilung sollte, so führt Katzenellenbogen auf mehrfache Fragen aus, nicht die Nordhefe-Gesellschaft, sondern die Ostwerke aufkommen. Als dem angeklagten Generaldirektor Penzlin von dem Vertreter der Anklage hinsichtlich nicht in die Bilanzen aufgenommener Bürgschaften in Höhe von 36 Millionen Mark Vorhaltungen gemacht werden, sagt der Generaldirektor schließlich mit polternder Stimme treuherzig: „Es ging ja alles bei uns durcheinander." Diese freimütige Feststellung ruft allgemeines Schmunzeln hervor.

Die Verhandlung wird schließlich auf Mittwoch vertagt, da die Verteidigung zur Frage des sogenannten Effektenkonsortiums einen Sachverständigen laden will.

Mörder aus Liebe?

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III Berlin wurde am Montag der 33 Jahre alte Pianist Walter Eßmann wegen Totschlags, begangen an dem eigenen Kind, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil entspricht dem Antrag des Staatsanwalts. Bewährungsfrist wurde nicht bewilligt.

Eßmann hat am 29. August vorigen Jahres seine zweijährige Tochter Ruth unter der Heerstraßenbrücke im Westen Berlins erdrosselt. Nach der Tat stellte er sich auf dem Polizeipräsidium. Als Motiv des Verbrechens gab Eßmann an, daß sein Kind von seiner Frau, von der er getrennt lebte, schlecht behandelt worden sei. Er habe sein Kind aus Liebe getötet.

Zur Verhandlung waren 20 Zeugen geladen. Der medizinische Sachverständige erklärte, daß es sich um eine Affekttat handele, aber daß dem Angeklagten der Schutz des § 51 nicht zugebilligt werden könne.

Wegen Pfundschmuggels festgenommen

Bei einer Zollkontrolle des Berlin-Pariser D-Zuges wurde eine Engländerin festgenommen, die im Begriffe stand, 100 englische Pfund über die Grenze zu schaffen. Die Pfundnoten wurden beschlagnahmt.

Kassenraub beim Kostümfest

Bei dem Kostümfest eines Sportvereins in Billstedt bei Altona wurde ein Raubüberfall verübt. Drei maskierte Männer drangen in das überfüllte Ballokal ein, raubten die Kasse, konnten jedoch verfolgt und schließlich verhaftet werden. Bei der Verfolgung kam es zu einer wilden Schießerei. Zwei Personen wurden verletzt. Die Beute des Handstreichs — 200 Mark — konnte wieder herbeigeschafft werden.

Freitod eines Piloten

Der bekannte Fallschirmspringer Stock hat sich in dem hessischen Ort Obernkirchen, seiner Heimat, das Leben genommen. Stock war durch den Konkurs einer Kölner Flugveranstaltungs-Gesellschaft, für die er zuletzt arbeitete, mittellos geworden.

Uralzeff als Hehler!

Der Russe Uralzeff, dessen Betrugsmanöver das Ende der Raiffeisenbank mit herbeiführten, wurde als Hehler einer großen Einbrecherkolonne entlarvt und unter Anklage gestellt. Desselben Verbrechens wird der frühere Oberleutnant und Reichswehrbetrüger Bedenk beschuldigt.

Entgleisung des Schnellzuges Paris-Mailand

Der Schnellzug Paris—Mailand, der um 8 Uhr früh Paris verläßt, ist gestern bei Manterau entgleist. Der Lokomotivführer wurde getötet und drei Beamte verletzt. Von den Reisenden sollen nur einige wenige geringfügige Quetschungen davongetragen haben. Ueber die Ursachen der Zugentgleisung ist nichts Bestimmtes bekannt. Es scheint, daß der Schnellzug eine auf dem Nebengleis fahrende Rangiermaschine gestreift hat.

Prinzessin Sternmiere

Von G. Th. Rotman.

53.

Nach dem Frühstück ging Elschen mit dem Prinzen Hoppel aus. Hoppel wollte dem Feenkind das ganze Königreich des Vaters zeigen. Zuerst kamen sie an die Schule des Lehrers Quak-mar-Rak. Da war gerade Gesangstunde. Ihr wißt ja, daß die Frösche so wunderschön singen können. Auch Prinz Hoppel quakte lustig drauflos. Er konnte alle Froschlieder singen.

54.

Doch bald nahmen die beiden Abschied von dem Froschlehrer und gingen weiter. Hoch auf einem Robrstoben saß ein Frosch. Quer über das Wasser lief eine Schnur. Daran hing ein großer Stein. „Das ist ein Wächter", erzählte Hoppel. „Wenn der den Reiher oder den Storch kommen sieht, dann zupft er die Schnur, und der große Stein plumpst ins Wasser. Die Frösche können sich dann schnell verstecken." — „Das ist aber sublim erdacht," meinte Elschen. (Fortsetzung folgt.)

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Unternehmerklage gegen den Metallarbeiterverband

Die Gruppe Nordwest abgewiesen

Das vom Landesarbeitsgericht Berlin am 5. Dezember 1931 verkündete Urteil in dem Schadenersatzprozeß des Arbeitgeberverbandes der nordwestlichen Gruppe gegen den deutschen Metallarbeiterverband ist nunmehr den Parteien zugegangen.

Die nordwestliche Gruppe verlangte vom DMV. Schadenersatz, weil er im Juli 1930, bei Arbeitskämpfen, die aus der Durchführung des Oeynhausener Schiedsspruches entstanden, seine Mitglieder unterstützt habe. Nordwest erblickt in dieser Unterstützung eine Verletzung des Tarifvertrages. Das Arbeitsgericht hatte der Schadenersatzklage stattgegeben. Das Landesarbeitsgericht hatte das Urteil aufgehoben und die Klage abgewiesen.

Da die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes von der in Frage kommenden Essener Firma gekündigt waren, so handelt es sich nach der Auffassung des LAG. nicht um einen Streik, sondern um eine Aussperrung. Der DMV. sei berechtigt gewesen, seine ausgesperrten Mitglieder in diesem Kampfe zu unterstützen, da es sich nicht um einen Angriff auf den Tarifvertrag, sondern um die Verteidigung außertariflicher, rein arbeitsvertraglich gewährter, Zulagen gehandelt habe. (Hier stimmt das Landesarbeitsgericht mit einem Gutachten von Professor Nipperdey überein, das dieser dem deutschen Metallarbeiterverband bereits vor dem in Frage kommenden Nordwest-Konflikt in einem gleichgelagerten Fall erstattet hat. D. R.) Der Deutsche Metallarbeiterverband habe bei der Unterstützung seiner Mitglieder und in der Durchführung des Arbeitskampfes die ihm tarifvertraglich gezogenen Grenzen nicht überschritten. Insbesondere gehe zu Lasten des Arbeitgebers, daß er Vergleichsverhandlungen, die vom Betriebsrat angebahnt wurden, durch Verschärfung des Arbeitskampfes infolge Aufstellung weiterer Bedingungen unmöglich machte.

Die vom Deutschen Metallarbeiterverband gegen Nordwest auf Grund mehrerer reichsarbeitsgerichtlicher Entscheidungen zur Auslegung der Akkordbestimmungen des Tarifvertrages für die nordwestliche Gruppe erhobene Widerklage hält das Landesarbeitsgericht in Uebereinstimmung mit dem Arbeitsgericht für nicht berechtigt und weist sie daher gleichfalls ab. Der Arbeitgeber könne eine Aenderung des Akkords auch vornehmen, indem er den Arbeitsvertrag kündige; so sei es im vorliegenden Falle geschehen.

Wie wir vom Deutschen Metallarbeiterverband hören, ist über die Frage, ob gegen dieses Urteil weitere Rechtsmittel ergriffen werden, zurzeit noch keine Entscheidung gefallen. Es wird mit der Möglichkeit einer Beilegung des Rechtsstreits gerechnet.

Verheerende Krisenwirkung in der Porzellan- und Steingutindustrie

Die Katastrophe auf dem Weltmarkt hat die deutsche Porzellan- und Steingutindustrie fürchterlich heimgesucht. Betriebsstillegungen, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben in dieser Industrie einen beängstigenden Umfang angenommen. **Von fünfzigtausend Porzellanarbeitern sind zwanzigtausend arbeitslos und vierzehntausend arbeiten stark verkürzt;** rund 50 Betriebe liegen bereits still, sechs kommen in Kürze zum Erliegen, nur 25 Werke arbeiten und auch sie nur mit außerordentlich stark verminderter Belegschaft. In der Steingutindustrie allein fiel die Belegschaftsziffer von 13 000 auf 8000, wovon dreitausend arbeitslos und zweitausendfünfhundert Kurzarbeiter sind.

Die Stapelporzellanfabriken werden von den billiger produzierenden Konkurrenzländern, vor allem von Japan und der Tschechoslowakei, arg bedrängt. Noch größere Schwierigkeiten brachten die Zollerhöhungen des Auslandes. Die Qualitätsporzellanfabriken wurden darüber hinaus noch erheblich von dem großen Kaufkraftschwund in allen Ländern betroffen. Der Absatz an Porzellan hat infolge dieser Umstände riesig nachgelassen. Im Jahre 1929 konnten noch 494 417 Dz. ohne Bruch exportiert werden, 1930 nur noch 328 888 Dz. und 1931 nur noch 280 889 Dz. Auch im Inland wird immer weniger abgesetzt. Am rapidesten verringerte sich die Ausfuhrmenge beim Porzellangeschirr. Im Jahre 1929 konnten noch 346 579 Dz. auf dem Auslandsmarkt untergebracht werden; 1930 nur noch 255 474 und 1931 nur noch 184 335 Dz.

In den nächsten Monaten kommen neue Schwierigkeiten durch weitere Zollerhöhungen, durch Einfuhrkontingentierungen und durch Einfuhrverbote hinzu. Außerdem droht im Inland das Zugabeverbot, dessen Durchführung noch einmal Tausenden von Porzellanarbeitern Arbeitslosigkeit bringen würde.

Ganze Orte sind infolge der Stillegungen bereits in Bedrängnis geraten, weil für sie die Porzellanfabriken vielfach die einzige Erwerbsquelle waren. Die Porzellanarbeiterschaft hatte im vergangenen Jahre bei 32,1 Prozent Arbeitslosigkeit und bei 31,4 Prozent Kurzarbeit ein schweres Los zu tragen. Kein Hoffnungsstrahl ist für sie sichtbar; nur neue Verschlechterungen stehen in Aussicht. Die einzige Hoffnung dieser schwergeprüften Arbeitergruppe ist ihre vorbildliche Solidarität und die Stärke ihrer gewerkschaftlichen Organisation.

Soll der Verwaltungsrat der Reichsbahn so erhalten bleiben?

Im Verwaltungsrat der Reichsbahn, dessen Mitglieder von der Reichsregierung ernannt werden, sitzen gegenwärtig zehn Wirtschaftskapitäne und fünf höhere Beamte, aber nur zwei Arbeitnehmer. Die Vertreter der Hochfinanz und der Schwerindustrie z. Siemens, Silverberg, Klöckner, Schmitz (J. G. Farben), Freiherr von Wilmowski, der Schwager von Krupp von Bohlen, usw. beherrschen dieses wichtigste Vermögen der Republik, ohne dessen Besitzer zu sein. Der ungeheure Einfluß dieser Großunternehmer, die als Großlieferanten oder Großverfrachter an der Reichsbahn und ihrer Tarifpolitik stark interessiert sind, macht sich seit Jahren zum Nachteil der Konsumenten und der Arbeitnehmerschaft bemerkbar. Die Wirtschaftsführer vertreten dort die mannigfachsten Interessen, und deren Verfilzung und Verflechtung geht soweit, daß zum Beispiel acht dieser Herren neben ihrem Hauptberuf als Industrieführer, Konzernleiter usw. und neben ihrer Tätigkeit im Verwaltungsrat der Reichsbahn noch Zeit finden, insgesamt 140 Aufsichtsratsmandate zu vertreten.

Wir fragen: Wie lange will die Reichsregierung diesen unerhörten Zustand noch dulden? Wann werden endlich die berechtigten und wohl begründeten Ansprüche des ADGB. berücksichtigt? Glauben die maßgebenden Stellen, die Forderungen der Arbeiterschaft auch weiterhin übergehen zu können?

Die Arbeiterschaft hat nicht nur ein verfassungsmäßiges, sondern auch ein moralisches Recht, in dieser wichtigen Wirtschaftskörperschaft ausreichend vertreten zu sein. Der maßlosen Herrschsucht der Interessenten, die, wie wir erfahren, auch jetzt noch nicht zufriedengestellt sind, muß im allgemeinen Interesse energisch Widerstand geleistet werden. Weil „Industrie und Handel" noch nicht ausreichend vertreten sind, wird hinter Kulissen mit sehr fadenscheinigen Gründen mächtig für Grund aus Breslau gearbeitet.

Die Reichsregierung wird genau prüfen müssen, sie bei der bevorstehenden Ernennung des zehnten Mitgliedes die dauernde Bevorzugung der schaftsführer", die — besonders im Hinblick auf die Fehler der letzten Zeit — in keiner Weise gerechtfertigt ist, antworten kann.

Im polnisch-oberschlesischen Grubenkonflikt hat die Schiedsgerichtskommission ihre Entscheidung getroffen. Danach werden die Löhne ab 1. Februar um 8 Prozent gekürzt. Die Industriellen hatten eine Kürzung um 21 Prozent gefordert. Die Kürzung dient der Schaffung eines Fonds zur Förderung des Kohlenexportes. Die Vertreter der Gewerkschaften haben die Entscheidung, wie verlautet, angenommen.

Die Statistik über die Arbeitslosigkeit wird jetzt nur in vierwöchigen Abständen statt wie bisher wöchentlich veröffentlicht, weil die häufige Veröffentlichung der Arbeitslosigkeit Wirtschaftsnot eine — überflüssige Publizität verleihe.

Schwere Mißbräuche bei der Osthilfe

Feststellungen des Obersten Rechnungshofes über mißbräuchliche Verwendung des Osthilfekredits — Das Reich wiederholt betrogen

Als sich das Reich entschloß, im Rahmen der Osthilfe der ostdeutschen Landwirtschaft mit einem sogenannten Betriebserhaltungsfond unter die Arme zu greifen, wurde sofort in der Oeffentlichkeit befürchtet, daß diese Hilfe eine Subvention für verkrachte Großgrundbesitzer werden wird. Die Sozialdemokratie hat bei dieser Gelegenheit die Einschaltung einer ausreichenden Kontrolle gefordert, ohne Verständnis bei der Regierung dafür zu finden. Damals hieß es, man taste dadurch das „Recht der Selbstverwaltung in der Landwirtschaft" an. Aus der berechtigten Forderung der Sozialdemokratie wurde nichts. In der Zwischenzeit haben wir durch Stichproben erfahren, daß

der Betriebserhaltungsfond in zahlreichen Fällen mißbraucht

worden ist. Jetzt hat der Rechnungshof den ganzen Komplex überprüft und ist zu Feststellungen gekommen, die die schlimmsten Befürchtungen hinter sich lassen. Die Hilfe des Reiches, die solchen Betrieben zu statten kommen sollte, die noch zu retten waren, ist sicherlich zum großen Teil in nutzlosen Subventionen verpulvert worden.

Der Rechnungshof stellte fest, daß in vielen Fällen die vorliegende Verschuldung nicht vollständig oder der Wert des Grundstückes zu hoch angegeben wurde, um Beihilfen zu erlangen. Die Kreditausschüsse, die die Großlandwirtschaft immer wieder gegen die berechtigte Forderung einer objektiven Kontrolle anführte, haben das Treiben unterstützt. Hier, wo Nachbarn, Vettern zusammensaßen, der Großagrarier den Großagrarier begutachten hatte, wurden beide Augen zugedrückt. Vielfach verblüffendem Ergebnis. Der Rechnungshof stellt Fälle fest, Beihilfen zur Betriebserhaltung gewährt wurden. **Als die Antsteller das Geld hatten, vernachlässigten sie ihre Betriebe.** Hinterher, als es zur Zwangsversteigerung kam, erwarb ein Familienmitglied das Gut. Die Reichsforderungen fielen aus und das Reich hatte das Nachsehen. Der Rechnungshof regte die Frage an, ob nicht hier ein Strafverfahren einzuleiten sei. Wir sind der Meinung, daß **derartige Schwindereien unbedingt vor den Strafrichter kommen müssen,** weil gleich Betrug vorliegt. Andererseits mußte der Rechnungshof feststellen, daß

vielfach die Besitzer erst Schulden gemacht haben, um Reichsmittel zu erhalten.

In anderen Fällen wurde die Reichshilfe entgegengenommen, als die Kurse der Pfandbriefe fielen, die Pfandbriefe zurückgekauft. Auch hier ergibt sich eine starke Schädigung des Reiches und ist selbstverständlich, daß das Reich aufgrund des Prüfungsberichts des Rechnungshofes gegebenen Zuschüsse zurückverlangen muß.

Der billige Nothelfer

Ist das Reich ein vorsichtiger Bankier?

Von Kurt Heinig

Die jüngst vergangenen Monate haben wieder einmal öffentlich werden lassen, in welch weitem Umfange das Deutsche Reich der allgemeine Nothelfer ist. Für viele Kreise sind die Reichsministerien nichts anderes als einzelne Zahlstellen eines großen Bankiers, bei dem auch demjenigen willig geholfen wird, der keine Guthaben hat und den Bankier dauernd beschimpft. Im Falle der Not soll es sich nicht um moralische Abrechnungen, sondern um wirtschaftliche Stützung im Interesse der Allgemeinheit handeln. Aber im Volk wird das Gefühl immer stärker, als ob die Verwalter des Reichssäckels zum mindesten allzu gutmütig sind und sich mißbrauchen lassen. In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse komplizierter. Einmal kommt niemand zur öffentlichen Hand, wenn es ihm gut geht. Das Reich ist so ein Bankier für mehr oder weniger schlechte Geschäfte. Zum anderen ist die Regierung nicht einheitlich konstruiert, ihr Wille wird von den verschiedensten Seiten her beeinflußt und das erzwingt Konzessionen und Subventionen, die sachlich nicht immer berechtigt sind. Als ein drittes kommt hinzu, daß die Ministerialbürokratie in ihrer geschäftlichen Erfahrung allzu häufig den Geld oder Bürgschaften heischenden Interessenten gegenüber der schwächere Teil ist.

Aus diesen drei Tatbeständen hat sich eine Bankiertätigkeit des Reiches entwickelt, die in verschiedener Richtung grundsätzlicher Reform bedarf. Das ist schon deswegen nötig, weil die Notverordnungszeit manches von dem zerstört hat, was durch den Reichstag gegen allzu leichte Ausbeutung des Reiches an Hindernissen aufgebaut gewesen ist.

Das Deutsche Reich versieht als Bankier drei Sorten von Geschäften. Es besitzt Beteiligungen, vergibt Darlehen und bürgt mit seinem guten Namen.

Die Beteiligungen des Reiches sind zum Teil bekannt; das gilt im besonderen für die großen in der Viag und in der Reichskreditgesellschaft zusammengefaßten Unternehmen, ebenso für die Deutsche Bank und Dresdner Bank. Aber schon hier verlieren sich die Geschäfte mitunter in bedenkliches Dunkel. Das gilt noch mehr für die vielen kleinen Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht, hinter denen das Reich steht. Scharfe Kontrolle durch die Treuhandgesellschaft des Deutschen Reiches und durch den Rechnungshof, im besonderen aber die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit und nicht zuletzt des Parlamentes und seiner dafür zuständigen Ausschüsse bieten im ganzen viele Sicherheit. Deswegen ist zu sagen, daß das Reich im besonderen bei seinen großen Beteiligungen gesunde Geschäfte führt.

Bei den Darlehen, die das Deutsche Reich vergibt, ist es schon wesentlich bedenklicher und zwar in jeder Richtung. Man darf die Summe nicht unterschätzen. Zur Zeit laufen Reichsdarlehen in den vielfältigsten Formen, insgesamt in einer Größe, die bei einer Milliarde Goldmark liegt. Zum Teil sind diese Darlehen von vornherein nichts anderes gewesen als verlorene Zuschüsse. Sie wurden zur Milderung der Arbeitslosigkeit und für manche anderen Zwecke ausgegeben und niemand hat ernsthaft daran gedacht, daß diese Gelder jemals in die Reichskasse zurückfließen. Dennoch werden äußerlich und fortlaufend von den verschiedensten Ministerien zu den unterschiedlichsten Zwecken immer wieder Darlehen ausgegeben, von denen zum mindesten theoretisch erst einmal angenommen wird, daß sie wieder einmal zurückfließen werden. Allzu häufig wird statt dessen erst der Rückzahlungstermin hinausgeschoben, dann werden die Zinsen, die an und für sich zumeist sehr niedrig sind, noch weiter herabgesetzt, zuletzt werden die Zinsen gestrichen und das Darlehen wandelt sich in zinslos hingegebenes Geld um und zu allerletzt verschwindet das Darlehen selbst als verlorener Zuschuß. Hierbei ist es allzu häufig, daß die dafür verantwortlichen Ministerialstellen sich für das hingegebene Geld nicht einmal volle Sicherheiten geben lassen. Mag im Falle der wirtschaftlichen Not auch für den Staat die schnelle Hilfe eine doppelte Hilfe sein, dennoch sollte er sich in der Eile nie übereilen lassen. Hier geht es um das Prinzip der Verwaltung des öffentlichen Geldes.

Am allerbedenklichsten und zu den unrentabelsten Geschäften des Reiches gehörend, sind die Bürgschaften und Garantien. Auch hier darf man die Größe der Verpflichtungen des Reiches nicht unterschätzen. Zur Zeit laufen etwa zwischen 1,3 und 1,5 Milliarden Mark solche Verpflichtungen des Reiches. Hier liegen die bedenklichsten Geschäfte, weil es sich auf diesem Konto des Deutschen Reiches beinahe um ein Stelldichein sämtlicher faulen Großschuldner der deutschen Privatwirtschaft handelt. In solchen Fällen wie bei der Danatbank war das Reich sogar gezwungen, eine Generalbürgschaft zu übernehmen, ohne bis heute auch nur annähernd errechnen zu können, was das einmal der Allgemeinheit kosten wird. Dazu kommt noch, daß im besonderen bei Bürgschaften und Garantien die derzeitige Reichsregierung mit ohne jede Gegenleistung oder so gut wie ohne jede Leistung der anderen Seite sich zur Hilfe bereit gefunden hat. Immer wieder wird dabei erlebt, daß geradezu leichtgläubig vom Reiche die geschäftliche Ehrlichkeit schief liegender Spekulanten geglaubt wird. Eben erst hat sich doch gezeigt, daß das Deutsche Reich einer seiner Tochtergesellschaften eine Bürgschaft über 8 Millionen Mark für den zusammengebrochenen Devaheim-Konzern übernommen hat, ohne daß die beteiligten Stellen sich darum kümmerten, ob das flüssig gemachte Geld auch an richtigen Stellen floß. Das gleiche oder ähnliches ist in einer ganzen Reihe anderer Fälle möglich geworden.

Zu allem kommt, daß das Deutsche Reich nicht nur im Umfang von Beteiligungen, Darlehen, Bürgschaften und Garantien ein recht großherziger und gutgläubiger Bankier ist. In den Ministerien existieren noch heute viele mehr oder weniger große Fonds, aus denen alljährlich für die verschiedensten Zwecke und Institutionen zum Teil erhebliche Geldmittel fließen. Auch hier läßt man sich allzuoft mit einem einfachen Verwendungsnachweis zufriedenstellen. Beinahe ist es so, als ob die Ministerien unter zu schüchtern wären, um auch nur genau sich darüber Auskunft geben zu lassen, was mit den von ihnen hingegebenen Gelde geschehen ist. Der Rechnungshof des Deutschen Reiches ist die parlamentarische Rechnungsprüfung, aber auch die allgemeine Not des Haushalts selbst haben hier manches gebessert. Wesen der Gutmütigkeit der öffentlichen Hand ist aber, wie bei genauerer Sachkenntnis immer wieder ergibt, im Grunde genommen noch sehr wenig geändert worden. Das geht schon daraus hervor, daß selbst der Reichsfinanzminister Dietrich erklärte, die Reichsregierung habe das Interesse, möglichst bald die Banken, die es praktisch übernehmen mußte, wieder los zu werden. Wir sind der Auffassung, die Entwicklung muß den gelehrten Weg gehen und wird ihn sich erzwingen, auch wenn die Reichsregierung nicht will. Die öffentliche Hand soll für jede Leistung, die sie dem einzelnen gewährt, einen entsprechenden Gegenwert verlangen, der im Interesse der Allgemeinheit zu dienen hat. Ausgerechnet an der Stelle, wo das Deutsche Reich dem größten Bundesstaat in Etatsschwierigkeiten zu helfen hat, wird zum ersten Male der bisher eigentlich niemals angewandte Grundsatz praktisch versucht. Preußen soll das Etatsdefizit, das aus der allgemeinen Not entstanden ist, vom Reiche nur dann gedeckt bekommen, wenn es aus seinem öffentlichen Vermögen einen entsprechenden Gegenwert (die Preußenkasse) in das öffentliche Vermögen des Reiches übereignet.

Wir wollen kein sinnloses Spiel, bei dem Vermögen aus der einen öffentlichen Hand in die andere gegeben wird. Hinter solcher Geschäftigkeit steckt Politik, aber keine sachliche Staatsaufgabe. Statt dessen hat das Reich dort, wo es dem einzelnen hilft, von der Danatbank bis zum Norddeutschen Lloyd, die moralische Pflicht und Schuldigkeit, als Gegenwert entsprechend privaten Besitz in seine öffentliche Hand zu nehmen. Das kann in der Form der Sicherheiten, der Beteiligung oder sonstwie geschehen, auf jeden Fall ist Geld aus allgemeinen Steuermitteln nichts anderes als Vermögen der Allgemeinheit. Die derzeitigen Bankerprinzipien des Deutschen Reiches müssen geändert werden, sonst schlagen sie noch in diesem Jahre zusammen mit der allgemeinen Finanznot zum schwersten Schaden des Reiches aus. Auch hier hätten die ärmsten der Armen, zuerst die Arbeitslosen, die Zeche zu zahlen.

Achtung! Achtung!

Zweigwerkschaftliche Betriebsräte

heute, pünktlich 19,30 Uhr,

im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses:

6. Sitzungsabend der Gruppe „A"